Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,05 Mk., einschließl. Trägerlohn. In den Abholestellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6gespaltene Petitzeile 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 2gespaltene Reklamezeile 80 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 27 | Danzig, Sonnabend den 8. Juli 1916 | 7. Jahrgang

Volk und Staat

Am 2. Oktober 1808, als Napoleon in Erfurt weilte und Kaiser und Könige, Großfürsten, Großherzoge und gewöhnliche Fürsten empfing, fügte es sich, daß auch Goethe vorsprach. Die Unterredung streifte auch das deutsche Theater, auf dem damals die Schicksalstragödien viel Lärm machten. Goethe merkt in den Tagesheften Napoleons Aeußerung an: „So kam er auch auf die Schicksalsstücke mit Mißbilligung. Sie hätten einer dunklern Zeit angehört. Was will man jetzt mit dem Schicksal? Die Politik ist das Schicksal."

Die Politik ist das Schicksal! Dieses unsterbliche Wort schlägt wohl heute in hunderttausend Herzen wie eine Erkenntnis, deren Wahrheit sofort einleuchtet. Das erfaßt, das versteht, das weiß nun jeder Mann im Felde wie seine Mutter und Gattin daheim, das bedarf heute keines erklärenden Zusatzes — das Wort macht die verworrene Welt um uns mit einem Blitzschlag taghell. Die Politik ist das Schicksal — natürlich! Was denn sonst?

Für das Jahrhundert Goethes war dieser Satz gar nicht so verständlich. Man deutete das berühmte Wort mehr auf den einen Mann als auf die Menschen so: Napoleon, der Sohn des kleinen korsischen Anwalts, der zum Kaiser der Franzosen und zum Gebieter des europäischen Festlandes aufstieg und just damals in Erfurt sich vor einem Parterre von Königen aufspielte, empfing dies unerhörte Menschenschicksal aus der Hand der Politik, und so meinte man, goß er sein eigenes Leben in fünf Wörter: Die Politik ist das Schicksal! Aber was hatte das Leben des Bürgers oder Bauern in jenen Tagen viel mit Politik zu schaffen? Sein Haus und Feld, sein Beruf, Weib und Kind, die Nachbarn — das schloß seines Lebens engen Kreis ein. Dort erfuhr er die hohen Feste und Trauertage, die Erhebungen und Tragödien seines Erdendaseins, und die Politik war ihm ein Wetterleuchten über fernen Berghöhen.

Napoleons Wort ist erst im letzten Jahrhundert zur Wahrheit ausgereift.

Der heiteren wie der tragischen Muse sind in den rollenden Jahren seither viele Feinde erwachsen, und es ist kein Zufall, daß sie die stolzen Höhen, wo Goethe und Schiller wandelten, nicht mehr erreicht. Sie kündet Schicksale aus Charakteren, sie zeigt den einzelnen im Kampfe mit den dunklen Mächten des Gemüts. Aber der einzelne sowohl wie diese dunklen Mächte sind uns immer gleichgültiger geworden. Natürlich, jeder ist sich selbst interessant und sieht sich in jedem Nächsten immer auch selbst. Aber der Nächste — wer ist uns der Nächste? Es sind ihrer eine so erdrückende Anzahl, daß ihre Züge vor unserem geistigen Auge auch in gewöhnlichen Zeiten in eins verschwinden und uns langweilen.

Versetzen wir uns nur auf Augenblicke zurück in das Dorf oder in die enge Kleinstadt, woher wir geschichtlich kommen. Dort hat jeder jeden gekannt; nicht nur nach dem Namen, sondern nach Herkunft, Beruf und Art, ihn selbst wie seine Ahnen. Jeder Nachbar war dem anderen ein volles und ganzes Menschenschicksal. Ein Unfall im Dorfe — das war nicht bloß der Gegenstand flüchtiger Neugier; jeder ermaß da wirklich, was der verlorene Arm für des Mannes künftige Tätigkeit, seinen Beruf, seine Familie bedeutete. Jedes Ereignis wurde empfunden als eines lebendigen Menschen Schicksal und das Schicksal fand seinen vollen Anteil. Durch Jahre richtete jeder nun sein Verhalten nach dem Ereignis ein. Alles Denken und Fühlen „individualisierte" streng und dauernd — man war Individuum und nahm Anteil am Individuum.

Das heutige Leben versäumt die Teilnahme nicht bloß infolge der unseligen Hast, die uns treibt, und infolge des Wettbewerbes aller mit allen, die alle auch allen entfremdet. Es ist nicht das allein. Ueberall tritt uns der Mensch in Mengen entgegen. Auf den Straßen, in den Werkstätten, in den Vergnügungslokalen, überall der gleiche wimmelnde Ameisenhaufen. Und jeder anders, wir selbst, nur eine Ameise im Haufen! Wir sehen fünfzig, sehen hundert Menschen. Ob da gerade einer fehlt und warum — was liegt daran? Kommt es auf ihn etwa an? Ist er etwa nicht sofort ersetzt? Setzen wir den Fall, es verunglückt da einer bei der Straßenbahn, bei einer Grube, infolge eines Ohnmachtsanfalls. Einen Augenblick schnellt unser Blut einwärts, krampft sich das Herz zusammen. Schrecklich! Aber nach wenigen Minuten eilen wir weiter, kreuzen uns mit einer anderen Menge, und in einer Viertelstunde ist der Mann vergessen, als ob sich nicht da wahrscheinlich ein individuelles Schicksal, vielleicht das Schicksal einer Familie vollzogen hätte.

Solange wir noch jung sind im Mengendasein, als Kinder, als Neulinge der Großstadt, lesen wir aufmerksam die Tagesereignisse in den Blättern und nehmen Anteil, viele Tage, selbst Jahre lang. Aber allmählich ermüdet uns die ständige Wiederkehr der gleichen Fälle, wir überschlagen die Rubrik. Diese Unfälle und Grausigkeiten gehören offenbar schon zum Ganzen. Das ist so periodischer Abfall der Menge, nichts weiter!

Ein Leichenbegängnis im Dorf, in der Kleinstadt. Es ist ein erschütterndes Ereignis und die Familien sitzen abends zusammen, erzählen vom Vater und Großvater und Ahn, denken an Kinder und Kindeskinder: „Es waltet ein Unsegen über dieser Mühle, der Ahn war gewalttätig, verschwenderisch, krank!" Und so von Fall zu Fall. Ein Leichenbegängnis der Großstadt wird doch vorwiegend als Verkehrsstörung empfunden. Es geht auch fast jeden Tag eines durch diese Straße. Welches Dorfkind erinnert sich nicht an den tiefen Eindruck, den in jedem Hause, auf den Gassen, auf der fernen Feldflur das unerwartete Erklingen des Zügenglöckleins gemacht hat — in der Großstadt rechnet doch jeder Gassenjunge, daß sicherlich jede Stunde irgendwo einer stirbt: Soll er darum sich minder eifrig und laut dem Fangspiel hingeben?

Das Schicksal des einzelnen hat in unserem Denken nur auf Minuten Raum. Das Schicksal? Ach nein; das wäre ja das Vollbild eines ganzen Menschenlebens! Das kommt ja an uns gar nicht heran; wir erleben ja nur Fälle: Unfälle, Todesfälle, Glücksfälle! Was der einzelne damit abschließt oder beginnt, entzieht sich ja unserer Kenntnis und unserem Interesse.

Und so kommt denn die Rechenmäßigkeit des Massenlebens zum Durchbruch und das Schicksal nimmt den Charakter der statistischen Ziffer an. Wir fragen nach den Lebensverhältnissen der Massen. Auf den Tag drei Selbstmorde wegen Arbeitslosigkeit: das ist schlimm; nicht so sehr wegen der drei Opfer denn als Symptom für den Zustand der Masse! Die wirtschaftliche „Konjunktur" ist also offenbar im Niedergehen. Was sonst Schicksal des einzelnen hieß, hat nur den Wert des Symptoms. Und nun wird die Tragik des individuellen Lebens zur Wissenschaft von den Massenerscheinungen.

Man beweist: Steigende Getreidepreise vermehren die Eigentumsdelikte! Seltsam; wie haben unsere Altvordern ihr Gemüt und auch ihr Denken verschwendet auf den Kampf zwischen dem Guten und Bösen in der Seele jedes einzelnen, auf das allmähliche Erlahmen der sittlichen Kräfte, auf das Moment der Schuld, auf die Qual der Reue, auf den Ernst der Sühne! Und so saßen sie denn vier Stunden vor der Rampe, tief erschüttert von dem Schicksal des Pferdejungen, der auf einem Fohlen davonritt und zuletzt im Mühlbach seine Tat sühnte. Wir aber sind beruhigt zu wissen, daß sich solche Dinge mit dem Steigen der Preise notwendig einstellen.

Reiche Ernten — viele Eheschließungen, schlechte Ernten — weichende Ehehaufigkeit und Geburtenzahl. Wer denkt daran, daß das eine ein Hymnus seliger Menschenkinder, das andere ein Trauerspiel gebrochener Herzen?

Wir sind dabei keineswegs gefühllose Menschen geworden, nichts wäre falscher als das. Aber die Freude über ein glückliches Brautpaar ist uns vergällt, wenn wir wissen, daß die Zeiten schwer sind. Das eine Paar — ach, das ist nur ein Zufall. Wie die Zeiten sind, stehen ihm Tausende gegenüber, die vorläufig entsagen müssen, die unehelicher Kinder Eltern werden, weil sie vorläufig die paar Halme für ihr Nest nicht finden können!

Es ist nicht wahr, daß wir gefühlsärmer geworden sind, weil wir an dem individuellen Schicksal nicht Anteil nehmen. Vielmehr hat sich unsere Teilnahme den Massenerscheinungen zugewendet. Wir denken nicht nur, wir fühlen auch gleichsam „statistisch". Wir empfinden Freude, wenn uns das allgemeine Urteil über die Zustände erlaubt, zu sagen: Die Arbeitslosigkeit, die Trunksuchtsfälle, die Tuberkulosesterblichkeit, die anderen Symptome sozialen Uebels sind verringert. Wir freuen uns, wenn wir hören: Billiger wird's! Man kriegt fürs Geld jetzt was zu kaufen! Man findet überall Arbeit! In dem Fasching hat's viele Hochzeiten gegeben! Und so fort! Wir ahnen, wir wissen schon, daß sich die allgemeine Erscheinung in zahllose Fälle individuellen Glücks auflöst; aber das Individuelle daran interessiert uns nicht mehr so sehr.

Und so sind wir denn ganz allmählich hineingewachsen in eine Zeit, wo das Denken aller nachgeht den sozialen Bestimmungsgründen des Massendaseins, das Fühlen aller sich heftet an die Symptome des Massenwohles und Massenelends. In deren Rahmen ist das Individuelle nur der Einzelfall, der einem gerade zufällig begegnet und nichts beweist.

Jene allgemeinen Bestimmungsgründe aber liegen im Bereich des sozialen und staatlichen Lebens und können nur durch die Allgemeinheit geändert werden: So ist denn tatsächlich die Politik für den Einzelnen das Schicksal geworden! Und das in einem viel breiteren und allgemeineren Sinne noch, als Napoleon sein eigenes Wort verstanden haben mochte!

Im Kriege ist das, was schon in der allgemeinen Umgestaltung unserer sozialen Verhältnisse langsam herangereift war, plötzlich mächtig und allgemein sichtbar hervorgetreten, über alles Maß gewaltig und über allen Zweifel eindeutig. Nun trägt jeder Einzelne das Schicksal seines Staates, aber der Einzelne verschwindet dabei in der Heeres- und Volksgesamtheit: Auf Leben und Sterben ist nun der Staat jedermanns Schicksal! Triumphierende und Gefallene, Sieg und Tod treten vor uns in zahlenmäßigen Berichten! Das individuelle Leben ist ganz und gar überstrahlt oder überschattet vom Volksleben und der Einzelne ist nur wie ein Blatt im Walde.

Man wähne ja nicht, daß eine so tiefe Umwälzung im Gemüt der Menschen morgen oder übermorgen, im Alltag des Friedens, wieder spurlos vergehen könnte! Nicht nur Verstand und Charakter der Zeitbürger haben im allgemeinen Seelenwandel des Krieges eine Umbildung erfahren, auch ihr Gemüt ist verwandelt. Was unseren Ahnen als Schicksal galt und Anteil heischte, wird ihr Gemüt nur flüchtig erregen. Mitleid und Mitfreude wird höhere Gegenstände suchen als den zufällig Nächsten: Massenschicksale werden ihr Herz ergreifen; Schicksale von Völkern und Klassen! Und ein bis zur Alltäglichkeit vertrauter Gedanke, mehr noch, eine gewohnte Herzensregung wird ihnen sein, daß der Einzelne bestimmt ist, der großen Sache Opfer wie Teilhaber zu sein. Da der Krieg dabei nicht eine entgegengesetzte Natur zu überwinden, sondern durch Zeit und Dinge geschaffene Anlagen nur auszureifen hatte, vollendet er einen geistigen Umwandlungsprozeß der Gesellschaft: Das Zeitalter des Individualismus ist unwiederbringlich dahin! Und Napoleons Wort läßt sich von nun ab bewußt ausweiten in den Satz: Die Gesellschaft ist das Schicksal des Einzelnen; also werde der Einzelne zum Organ der Gesellschaft!

Kriegsnachrichten

An allen Fronten

tobt der Weltkrieg jetzt mit einer Heftigkeit, wie nie zuvor. Der mit gewaltigen Mitteln unternommenen Offensive der Russen ist eine solche der Italiener und nunmehr auch der Franzosen und Engländer im Abschnitt der Somme gefolgt. Allem Anschein nach wird überdies auch General Sarrail in Südmazedonien vorzugehen versuchen. Zum ersten Male in diesem Kriege haben wir ein einheitliches Zusammenwirken des Vierverbandes: eine gleichzeitige ungeheure Kraftanstrengung auf allen Fronten nach einem gemeinsamen Plan. Der Vierverband will, koste es was es wolle, das Kriegsglück zu seinen Gunsten wenden. In aller Herzen bei uns daheim lebt die Hoffnung und die Zuversicht, daß die feindlichen Pläne nicht gelingen und die ehernen Mauern der deutschen Heere standhalten werden. Anfängliche Erfolge bei solchen Offensiven sind nicht überraschend und brauchen nicht zu beunruhigen. Freilich, darüber täuschen wir uns nicht, wird es gewaltiger Anstrengungen bedürfen und empfindliche Opfer kosten, die feindlichen Mächte auch diesmal zu bändigen. Aber das unbegrenzte Vertrauen zu den Kämpfern da draußen hat noch niemals getäuscht, es wird diesmal nicht anders sein!

Noch wogt im Westen die Riesenschlacht um Verdun im beispiellos zähen Vordringen der Deutschen. Auf derselben Front dürfte der Krieg in der Massenschlacht an der Somme, die die Engländer und Franzosen am 1. Juli einleiteten, den Höhepunkt erreicht haben. Deutschlands Kämpfer, Heerführer, Offiziere wie Mannschaften, betätigen dort wie überall ein Heldentum, gegen das alle antike Größe verblassen muß. **Ganz Deutschland ist in diesen furchtbaren Schicksalstagen ein Denkmal des Heldenmutes vor allem seiner schlichten Männer!** Der frühere Reichskanzler Bülow hat kürzlich sein Buch Deutsche Politik neu herausgegeben. Er war es, der einst gegenüber unserm Uebel wenig freundlich über König Dämon — Volk — urteilte. Nach den Erfahrungen des Krieges spricht dieser kluge Diplomat es offen aus, daß **„das Größte dieser Zeit das Heldentum des einfachen deutschen Kriegers sei".** Es ist in Wahrheit unseres Volkes ganze Hoffnung und sein felsenfestes Vertrauen auf den Sieg seiner guten Sache. **Heißen Herzens müßten in diesen welthistorischen Tagen alle Frauen und Männer, deren Vaterland Deutschland ist, ihren Waffen Erfolge wünschen und im einmütigen tatkräftigen Ausharren sich der Opfer jener Volkshelden würdig zeigen. Mehr noch ist es heiligste Pflicht aller Sozialdemokraten, den im blutigen Waffenkampf stehenden Genossen in einmütiger Arbeit die Gewißheit der kraftvollen und einigen Partei für alle Zukunft zu schaffen!** Dann nur findet diese große Zeit kein kleines Geschlecht. —

Den Türken ist es in Südpersien gelungen, die Russen am 28. und 29. Juni in die Flucht zu schlagen.

Die große Anspannung.

„Politiken" in Kopenhagen schreibt in einem Leitartikel: Mit dem Angriff der Engländer auf der Westfront hat der Krieg einen Punkt erreicht, der hoffentlich den Höhepunkt darstellt. So ungeheure Massen an Menschen und Material wie

sie jetzt im Westen, Süden und Osten gleichzeitig eingesetzt werden, hat der Krieg bisher nicht gekannt. Es ist eine große Anspannung, die entweder Sieg oder Klärung des Erkenntnisses bringen muß, daß der Sieg nach irgend einer Seite unmöglich ist. Näher kann Europa kaum kommen in verschiedener Machtentfaltung und nach den Kämpfen der nächsten Monate kommt sicher ein psychologischer Moment, durch den der zukünftige Friedensvermittler die Aussicht erhält, offene Ohren zu finden. Europa ist jetzt schon auf Jahrzehnte gebrochen und geschwächt. Wenn der Krieg noch ein paar Jahre fortgesetzt wird, wird unser Weltteil wahrscheinlich vollständig entmarkt und verschuldet sein, außerstande zu einem inneren Wiederaufbau, der allein uns über die Folgen des Krieges hinwegbringen kann.

Seegefecht

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: In der Nacht vom 29. zum 30. Juni haben deutsche Torpedoboote russische Streitkräfte, bestehend aus einem Panzerkreuzer, einem geschützten Kreuzer und fünf Torpedobootszerstörern, die offenbar zur Störung unserer Handelsschiffahrt entsandt waren, zwischen Hafringe und Landsort mit Torpedos angegriffen. Nach kurzem Gefecht zogen sich die russischen Streitkräfte zurück. Trotz heftiger Beschießung sind auf unserer Seite weder Verluste noch Beschädigungen zu verzeichnen.

— **Was Kriege kosten.** Jean Finot veröffentlicht in der „Revue" eine Studie über die „Dauer des Krieges". In diesem Artikel heißt es u. a.: Wenn dieser Krieg drei Jahre lang dauern sollte, werden wir zu einem nie geahnten Verlustbetrag gelangen; die Verlustrechnung dürfte mit fünf- bis sechshundert Milliarden abschließen. Die Verluste, die der Weltkrieg verursachen wird, haben in der ganzen Geschichte der Vergangenheit nicht ihresgleichen. Nach den Berechnungen der Soziologen und der Statistiker haben die Kriege von Napoleon I. an bis auf unsere Tage zusammen noch nicht die Hälfte der Ausgaben, die von dem gegenwärtigen Kriege verschlungen werden, gefordert. Die eigentlichen napoleonischen Kriege, die man als die blutigsten in der Geschichte der Vergangenheit ansieht, hatten, obwohl sie zwanzig Jahre dauerten, nur ungefähr 75 Milliarden Frank verbraucht. Der Krimkrieg kostete die Länder, die daran beteiligt waren, etwa 11 bis 12 Milliarden. Der große amerikanische Bruderkrieg soll nicht mehr als 35 bis 38 Milliarden gekostet haben. Der Krieg zwischen Preußen und Oesterreich im Jahre 1865 (!) soll eine Ausgabe von etwa anderthalb Milliarden erfordert haben. Nach den Schätzungen des ehemaligen Finanzministers Mathieu Bodet soll der deutsch-französische Krieg Frankreich im ganzen 12 Milliarden und 495 Millionen gekostet haben. Hierin einbegriffen sind die Verluste, die der Staat, die Provinzen, die Gemeinden und die Privatleute erlitten haben, und mitgerechnet sind auch 93 Millionen für den Unterhalt der deutschen Truppen nach dem Friedensschluß. Ein englischer Statistiker schätzt die direkten Ausgaben, die alle kriegführenden Länder von Napoleon I. an bis zum gegenwärtigen Kriege zu tragen hatten, auf ungefähr 180 bis 200 Milliarden. Beschränken wir unsere Betrachtungen auf die verbündeten Heere. Die Zahl der Kämpfenden beläuft sich gegenwärtig im Lager der Alliierten auf etwa 14 Millionen Mann. Nimmt man als durchschnittliche Ausgabe für den Tag und den Mann 20 Frank an, natürlich unter Einschluß der Munition, so gelangt man zu einer Ausgabe von etwa 8 Milliarden 400 Millionen im Monat oder ungefähr 100 Milliarden im Jahr. . . .

Verbot des Berliner Tageblatts

Diese wohl bedeutendste deutsche Zeitung war für den 28. Juni wegen eines Artikels, in dem sie sich absprechend mit den Annexionsplänen der sechs Wirtschaftsverbände beschäftigte, verboten.

— **Verhandlung mit den Neutralen über die Einstellung der Ausfuhr nach den Mittelmächten.** Die englische Regierung verhandelt augenblicklich, wie die „Vossische Zeitung" erfährt, mit Vertretern der neutralen Länder wegen Einstellung jeglicher Ausfuhr in die Länder der Mittelmächte. Die Neutralen sollen dadurch entschädigt werden, daß England die Ernten und die Ausfuhrwaren der Neutralen für sich und die Verbündeten aufkaufe. Die Neutralen müßten sich aber verpflichten, die Waren mit eigenen Schiffen nach England und Frankreich zu liefern und auf der Rückfahrt englische Güter mitzunehmen. Falls die Neutralen auf die englischen Bedingungen nicht eingehen wollten, würden ihnen Repressalmaßregeln angedroht werden.

Das Dienstpflichtgesetz und die englischen Gewerkschaften.

London, 30. Juni. (Reuter.) **Der Gewerkschaftskongreß lehnte mit großer Mehrheit den Vorschlag ab, für die Aufhebung des Dienstpflichtgesetzes zu agitieren.**

Politische Rundschau

Volkswohl und Einfuhrscheine.

In dem Artikel des Professors Lujo Brentano „Die notwendige Forderung", Berliner Tageblatt vom 18. Juni, gegen den sich der Leitartikel unserer letzten Nummer richtete, äußerte sich der berühmte deutsche Gelehrte auch zu den bekannten Einfuhrscheinen. Er schreibt:

„... so ist doch bemerkt worden, daß unsere Truppen, als sie nach Rußland vordrangen, dort deutschen Roggen erbeutet haben, der mit Hilfe unseres sogenannten Einfuhrscheinsystems noch eben vor Ausbruch des Krieges dorthin ausgeführt worden war.

Zu dieser befremdlichen Feststellung, die übrigens von Gegnern der Einfuhrscheine schon im Frieden stets behauptet worden ist, möchten wir bemerken, daß die Leiter des neuen Danziger Börsenkartells die entschiedensten Verteidiger der Einfuhrscheine sind. Man kann den Börsenkurs somit ohne Uebertreibung als Versicherung gegen Maßnahmen ansehen, die dem Händlertum den Vorteil des Gewinnes aus den Einfuhrscheinen entziehen. Darum sind die Bestrebungen des formierten Börsenkapitals am deutlichsten als solche gekennzeichnet, die Staat und Volk nicht förderlich sind.

Der Prozeß Liebknecht.

Ueber die Verhandlung gegen den Genossen Liebknecht vor dem Kriegsgericht in Berlin geht uns vom W. T. B. folgender Bericht zu:

Die kriegsgerichtliche Hauptverhandlung des Prozesses gegen Karl Liebknecht begann um 9 Uhr vormittags im Militärgerichtsgebäude in der Lehrter Straße. Das Gericht ist besetzt mit einem Major als Vorsitzenden, zwei Kriegsgerichtsräten, im Zivilberuf Rechtsanwälte, von denen einer die Verhandlung führt, ferner einem Hauptmann und einem Oberleutnant. Dem Angeklagten steht Rechtsanwalt Bracke (Braunschweig) als von ihm gewählter Verteidiger zur Seite.

Nach Aufruf der Zeugen und Dolmetscher, der Vereidigung der Richter und der Feststellung der Personalien wurde die Anklageverfügung verlesen, die in der Hauptsache, wie bekannt, auf versuchten Landesverrat, begangen im Felde, das heißt während des Kriegszustandes, und auf Widerstand gegen die Staatsgewalt lautet. Hierauf beantragte der Vertreter der Anklage, während der gesamten Sitzungsdauer, auch während der Verhandlung über diesen Antrag, die Oeffentlichkeit auszuschließen. Der Angeklagte protestierte gegen den letzten Teil des Antrages. Nach § 283 der Militär-Strafgerichtsordnung mußte jedoch die Verhandlung über die Ausschließung der Oeffentlichkeit in nicht öffentlicher Sitzung stattfinden. Der Saal wurde dementsprechend von den Zuhörern geräumt. Nach erfolgter Beratung wurde die Oeffentlichkeit wieder hergestellt. Der Gerichtsbeschluß wurde dahin verkündet, daß die Oeffentlichkeit wegen der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, insbesondere der Staatssicherheit, für die weitere Verhandlung auszuschließen sei. Auch die Zulassung von Vertretern der Presse kam nicht in Frage, da nach § 18 des Einführungsgesetzes zur Militär-Strafgerichtsordnung Berichte über die Verhandlung durch die Presse nicht veröffentlicht werden dürfen, wenn die Oeffentlichkeit der Verhandlung wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen war. Die Verkündung des Urteils hat nach dem Gesetz in öffentlicher Sitzung stattzufinden.

Zum Prozeß Liebknecht verbreitet das W. T. B. folgende Pressestimmen: Zum Urteil im Prozeß Liebknecht heißt es in der „Germania": Der Abgeordnete Liebknecht ist recht glimpflich davongekommen. Die radikalen Sozialdemokraten werden natürlich auch aus diesem Urteil Kapital zu schlagen suchen und Liebknecht als Märtyrer feiern, aber jedermann weiß, daß wir im Kriegszustand leben und wer nicht mit diesem Umstande rechnen will, hat eben die Folgen zu tragen. Die Freisprechung schien nach den bekannten Tatsachen ausgeschlossen. Das verhältnismäßig milde Urteil berührt uns umso angenehmer. Die Kriegsparagraphen sind ohnehin an und für sich streng genug und es wäre verfehlt durch schwere Bestrafung des radikalen Agitators ihm und seinen Gesinnungsgenossen die Geschäfte zu fördern.

Die „Vossische Zeitung" schreibt: Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Liebknecht kann vielmehr ebenso wie der Gerichtsherr Berufung einlegen. Die Militärgerichtsordnung unterscheidet sich in diesem Punkte vorteilhaft von der bürgerlichen Strafprozeßordnung, die gegen das Urteil der Strafkammer nur die Revision zuläßt.

— **Die sozialdemokratische Landtagsfraktion zum Fall Liebknecht.** Vom Vorstand der sozialdemokratischen Landtagsfraktion erhält der „Vorwärts" folgende Zuschrift:

Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses hat beschlossen zu versuchen, für den Fall, daß das gegen den Genossen Liebknecht gefällte Urteil bis zum Wiederzusammentritt des Landtages rechtskräftig geworden ist, seine sofortige Entlassung aus der Haft, für den Fall, daß das Verfahren vor dem Oberkriegsgericht bis zu dieser Zeit noch schwebt, die Einstellung des Verfahrens für die Dauer der Session zu beantragen.

England.

— **Casement zum Tode verurteilt.** Der Prozeß gegen Casement ist beendet. Casement wurde des Hochverrats für schuldig befunden und zum Tode verurteilt.

Der „Lokalanzeiger" schreibt: Die Welt wird in Casement immer den Freiheitskämpfer sehen, wie sie in seinen Landsleuten, die für die Engländer Rebellen sind, Freiheitskämpfer sieht. Er wies die Verleumdung zurück, daß er Geld von Deutschland nach Irland gebracht habe. Sie wird seinem Andenken nicht zu schaden vermögen, falls die Engländer ihre Rache voll auskosten und das Todesurteil vollstrecken oder sich damit begnügen, ihn hinter Schloß und Riegel zu halten.

Die „Tägliche Rundschau" meint: Wenn das Todesurteil vollstreckt werde, so würde der Geist der Auflehnung in Irland dafür umso lebendiger werden. Als guten Rechnern werde den Engländern vielleicht die volle Befriedigung ihrer Rachegefühle zu kostspielig erscheinen.

— **Die revolutionäre Bewegung in Irland.** In Dublin fanden, nach einer Meldung des „T.-A." aus Rotterdam, von neuem kleinere Unruhen statt, wobei eine Frau die republikanische Fahne an einem Wagen vorantrug. Ein Polizeibeamter, der die Fahne beschlagnahmen wollte, erhielt Prügel. Schließlich wurden die Rädelsführer durch andere Polizeibeamte verhaftet. Der Herausgeber der Wochenschrift „Nation" schreibt in seinem Blatt: Die drei römisch-katholischen Kardinäle in den Vereinigten Staaten sind die Vizepräsidenten des Vereins, der in einem Monat anderthalb Millionen Dollar sammelte, um Familien der irischen Rebellen zu unterstützen.

— **Der Ausstand der Baumwollspinner** in Bradford, der etwa 15 000 Textilarbeiter berührt, dauert fort und zieht andere Industrien in Mitleidenschaft. Die Arbeiterführer sind, wie Daily News meldet, gegen den Ausstand, dessen Ursachen die Ablehnung der Lohnforderungen sind.

Rußland.

— **23 Millionen Rubel unterschlagen.** Die „Wiener Allgemeine Zeitung" meldet aus Stockholm: Die Untersuchung gegen den früheren russischen Kriegsminister Suchomlinow ergab, daß sich dieser von dem Geld, das zur Bezahlung der Munitionsbestellungen bestimmt war, 23 Millionen Rubel angeeignet hat.

Volksernährung

— **Die Landwirte werden zur Opferwilligkeit ermahnt.** Der Bischof von Trier ersuchte die Pfarrer seiner Diözese, ihre Pfarrkinder zu belehren, daß sie in der gemeinsamen Not ihr eigenes Interesse dem Wohle des Vaterlandes zum Opfer bringen müßten, damit das Vaterland ehrenvoll bestehen könne. Die Landleute möchten den städtischen Verwaltungen von ihren Lebensmitteln einen Teil abgeben und sich selbst einige Beschränkungen auferlegen.

Solche Ermahnungen helfen nichts! Der Staat muß zur Beschlagnahme und Verteilung der auf dem Lande aufgespeicherten Vorräte greifen.

Der Bischof ist aber nicht der Meinung des Dr. Grünspan, amtlicher Leiter der städtischen Lebensmittelstelle in Danzig, daß selbst die eigensüchtige Ausnützung der gegenwärtigen Zeit nur menschlich ist.

— **Notschrei des Abg. Dr. Müller-Meiningen.** Der Reichstagsabgeordnete Dr. Müller-Meiningen hat an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, von Batocki, einen Brief geschrieben, in dem es heißt:

„Ich erhalte aus ganz Thüringen fortgesetzt Notschreie über die Zuckernot: Die Hausfrauen wollen Zucker zum Einmachen; sie erhalten aber statt Zucker nur Vertröstungen. Die Unzufriedenheit wächst von Tag zu Tag in bedenklichem Maße; die Obstpreise werden zugleich in hohem Maße zugunsten eines Händlerringes gesteigert. **Hier helfen nur Taten,** nicht schöne Worte und Reisen hoher Beamten. Frühkartoffeln sind da, aber man bekommt sie nicht. Kann man sich nicht endlich aufraffen, die **ganze Ernte radikal zu beschlagnahmen und zu gerechten Preisen zu verteilen?** Dazu die unsinnigen Ausfuhrverbote kleiner Distrikte. In erster Linie aber bitte ich Ew. Exzellenz wiederholt: Geben Sie den deutschen Hausfrauen Zucker, den Städten Obst und Gemüse zu Preisen, die dem Verbraucher und Bauern als gerecht und genügend taugen!"

Was Müller-Meiningen fordert, hat die Sozialdemokratie von Beginn des Krieges an verlangt.

Einführung der Reichsfleischkarte.

Der Vorstand des K. E. A. hat nach Beratungen mit Vertretern der Reichsfleischstelle die Einführung der Fleischkarte in Stadt und Land im ganzen Reich beschlossen. Die Einführung kann, um alle Vorbereitungen sorgsam treffen zu können, erst zum September erfolgen. Bis dahin soll durch Uebergangsvorschriften auf eine einigermaßen gleichmäßige Deckung des Fleischbedarfes nach Möglichkeit hingewirkt werden. Die Zulassung der Hausschlachtungen wird durch die allgemeine Einführung der Fleischkarte nicht berührt. Von einem Verbot der Hausschlachtungen soll unter allen Umständen abgesehen werden. Sie müssen, wie der Nachrichtendienst für Ernährungsfragen schreibt, selbstverständlich kontrolliert werden und das selbst eingeschlachtete Fleisch ist auf die nach der Fleischkarte zustehende Menge entsprechend anzurechnen. Alles Nähere wird auf Grund weiterer Beratungen festgesetzt und rechtzeitig bekannt gemacht werden.

Neben der Einführung der Reichsfleischkarte ist auch eine **bedeutende Herabsetzung der Fleischpreise unbedingt erforderlich.** An dieser Aufgabe darf das Kriegsernährungsamt nicht vorübergehen.

— **Keine Herabsetzung der Brotgetreidepreise.** Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat kürzlich erklärt, daß eine Aenderung der Brotgetreidepreise ausgeschlossen sei. Die vielfach geforderte Ermäßigung der Brotgetreidepreise wird also bedauerlicherweise nicht eintreten. Im vergangenen Jahre wurde die Aufrechterhaltung der hohen Preise vom Herbst 1914 mit dem schlechten Ausfall der Ernte begründet. Diesmal ist eine gute Ernte zu erwarten. Weshalb die Preise trotzdem bestehen bleiben sollen, ist angesichts dieser Tatsache schwer zu verstehen. Das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung", pflichtet von seinem Standpunkt aus der Erklärung des Präsidenten im Kriegsernährungsamt bei. Die „Tageszeitung" meint sogar, daß die Beibehaltung der Brotkornpreise vom Herbst 1914 auch für das dritte Kriegsjahr noch ungerechter sei als es schon im Jahre 1915 war, sie **fordert also noch eine Erhöhung der Preise?** Wenn sie in diesem Zusammenhange wiederum von den „Opfern" der Landwirtschaft spricht, so muß dem erneut mit großer Entschiedenheit entgegengehalten werden, daß diese angeblichen Opfer der Landwirte in keinem Vergleich stehen zu den Verhältnissen, unter denen heute breite Schichten der Konsumenten leiden.

— **Neue Höchstpreise für Süßwasserfische.** Die erste vom Präsidenten des Kriegsernährungsamtes unterzeichnete Bekanntmachung betrifft die Festsetzung von Preisen für Süßwasserfische. Nach ihr dürfen beim Verkauf von Süßwasserfischen im Großhandel für 50 Kilogramm Reingewicht einschließlich Verpackung für Karpfen 105 Mark, für Schleie 125 Mark, für Hechte 120 Mark, für Bleie oder Barsche je nach Gewicht 80 bezw. 60 Mark, für Plötzen und Rotaugen 60 bezw. 50 Mark nicht überschritten werden. Im Kleinhandel dürfen die Preise für ein Pfund bei Karpfen 1,30 Mark, bei Schleien 1,50 Mark, bei Hechten 1,50 Mark, bei Bleien 1 Mark bezw. 75 Pf., bei Plötzen 75 Pf. bezw. 65 Pf. nicht übersteigen. Die bisherigen Höchstpreise für Süßwasserfische werden außer Kraft gesetzt.

— **Vorbereitungen für die Volksspeisungen in Berlin.** Der Berliner Magistrat beschloß für die Ausführung von baulichen Anlagen und sonstiger Einrichtungen für Zwecke der Volksspeisung bei den Stadtverordneten zwei Millionen Mark anzufordern.

— **Hamster-Reserve.** Der Landrat des Kreises Sonderburg hatte in der Annahme, daß die Gemeinden seines Kreises große Mengen von Lebensmitteln anzumelden unterlassen hatten, eine Aufforderung an diese zwecks Nachmeldung derselben ergehen lassen. Der Landrat muß seine Pappenheimer kennen, denn das Resultat war überraschend. Fast alle seine Gemeinden — das Ergebnis von sieben Gemeinden steht noch aus — hatten Hamstervorräte in Reserve. Eine Ge-

7. Jahrgang
Nr. 27

Beilage zur Volkswacht

Sonnabend den
8. Juli 1916

Die Danziger Straßenbahner

Danzig und Warschau liegen an demselben großen Strom des Ostens, der bislang die deutsch-russische Kulturscheide war. Die Straßenbahner Warschaus erhoben sich gegen die russisch brutale Ausbeutung unlängst gegen die private Straßenbahngesellschaft. Als diese kein Entgegenkommen zeigte, faßte die deutsche Militärverwaltung mit fester Hand zum Schutz der Gedrückten zu und führte die Lohnbewegung zu einem günstigen Erfolge. Die private Leitung der Gesellschaft wurde einfach durch eine Zwangsverwaltung aus Offizieren ersetzt. Diese gewährte den Streikenden erhebliches Entgegenkommen und ließ auch sofort alle Straßenbahner frei, die im Streik verhaftet worden waren. Die Beendigung dieses Lohnkampfes wird ein soziales Ruhmesblatt der Militärverwaltung bleiben und von den Arbeitern Warschaus, der alten polnischen Königsstadt, als Beweis deutscher Kultur gerühmt werden.. An der Mündung des Weichselstromes haben die Straßenbahner Danzigs gegen eine leider noch private Gesellschaft ebenfalls schwere Beschwerden. Die Gesellschaft macht große Gewinne auch während des Krieges. Nicht weniger als 40 Prozent betrug der Rohgewinn, den sie im Kriegsjahr 1915 hatte. Für das Personal, die weiblichen wie die männlichen Kräfte, fiel davon nur ganz wenig ab. Die Gesellschaft erhöhte aber mit der Berufung auf die Opfer, die sie angeblich für das Personal gebracht habe, die Fahrpreise für die Zeitkarten trotzdem noch um fast 50 Prozent. Dabei nahm sie ihren Abonnenten mit einem Federstrich wertvolle Rechte. Besonders gilt dies für die Monatskarten, deren Beginn nun stets mit dem ersten Tage des Kalendermonats zusammenfällt. Den vollen Preis muß also auch derjenige zahlen, der etwa erst am 10. des Monats eine Karte löst. Diese Behandlung der Fahrgäste läßt allein schon Schlüsse ziehen, wie die Gesellschaft das Personal behandelt, dessen Besserstellung sie zur harten Belastung der Fahrgäste ins Feld führt.

Am 29. Juni, abends 10 Uhr, wollten die Straßenbahner in der Maurerherberge eine Versammlung zur Besprechung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abhalten. Das Referat hatte der bekannte Straßenbahnführer J. Ratmann aus Berlin übernommen. Die Kommandantur und das Polizeipräsidium hatten die Genehmigung anstandslos erteilt. Die Polizeiverwaltung hatte sogar entgegenkommend die Verlängerung der Polizeistunde bis 1 Uhr nachts genehmigt.

Vor dem Lokal waren 4 höhere Angestellte der Straßenbahn unter Aufsicht des Langfuhrer Depotverwalters **Hahn** und des Inspektors **Schörnack**, eines früheren Schaffners, postiert. Sie sollten offenbar im Auftrage der Gesellschaft die Erschienenen kontrollieren.

Verbandsvorsitzender J. Ratmann, Berlin, führte aus: Bei Ausbruch des Krieges wurde bei allen Parteien und Richtungen der Burgfriede anerkannt. Unter der Voraussetzung, daß alle Beteiligten Opfer bringen würden. Gelegenheit dazu brachte, außer dem Kriegsdienst aller Volksgenossen, die immer mehr steigende Teuerung. Man glaubte, daß die Unternehmer von ihren Gewinnen den Arbeitern helfen würden. Manche hätten dies, was anerkannt werden müsse, getan. Die Preise stiegen aber weit über das erwartete Maß. Teuerungszulagen bleiben aber häufig aus. Besonders haperte es bei den Straßenbahnen und ganz speziell bei der Danziger. Im Jahre 1912 habe der Transportarbeiterverband die von 192 deutschen Straßenbahnen bezahlten Löhne festgestellt. Dabei stellte es sich heraus, daß Danzig, eine Großstadt mit 200 000 Einwohnern, weit hinter Mittel- und selbst Kleinstädten, erst an der 131. Stelle stehe. Die Danziger Straßenbahn zahlte so schlechte Löhne und gab die wenigsten freien Tage. Sie wußte dies auch ganz genau und verhinderte durch die verschiedensten Mittel, selbst vor offenen Gewaltmaßregeln schreckte sie nicht zurück, den Zusammenschluß des Personals. Dieses fand leider auch keine Unterstützung durch die Stadtverwaltung. Man hoffte, daß die Verwaltung bei Ausbruch des Krieges verständiger werden würde. Die Angestellten deckten doch auch mit ihren Leibern die Sicherheit des Betriebes. Diese Erwartung war wieder Irrtum. Der Anfangslohn der Schaffner betrage auch jetzt noch monatlich 90 Mark. Der wirtschaftliche Statistiker Calver stelle fest, daß eine dreiköpfige Familie in Danzig jetzt wöchentlich allein 27 Mark für den Lebensunterhalt brauche. Die Gesellschaft billigte allerdings pro Tag 10 Pfennig sogenannter Brotzulage zu, die sie bei mehreren Kindern bis zur Höhe von 15 Mark pro Monat zahle. Sie erhöhte nicht den Grundlohn, um die Möglichkeit des späteren Abzuges zu behalten. Sie sparte durch die Einstellung der Schaffnerinnen. Diesen gebe sie monatlich nur 60 Mark und zahle damit nach den Feststellungen der Organisation den niedrigsten Lohn für diese Arbeit in Deutschland überhaupt! Die 8½ stündige Arbeitszeit der Schaffnerinnen stehe nur auf dem Papier. Tatsächlich müßten sie 10 und auch 12 Stunden Dienst leisten. Gelegentlich würde dafür mal eine Mark in die Hand gedrückt. Eine Feststellung und Entschädigung der Ueberstunden, wie sie in anderen Betrieben selbstverständlich sei, gebe es hier nicht. Wenige ältere Führer erhielten den höchsten Lohn mit 130 Mark pro Monat. Dies Geld reiche bei den teuren Preisen doch aber auch bei weitem nicht. Im Monat gebe es nur 2 freie Tage, statt der 4 bis 5 Sonntage, die sonst jeder andere Arbeiter erhalte. Die Gesellschaft berufe sich auf die Ausführungsvorschriften über das Kleinbahngesetz, die eine Mindestfreizeit von zwei Tagen vorsehen! Dabei seien die Wagen überfüllt und die Einnahmen erheblich gestiegen. Das Personal sei nicht, wohl aber die Arbeit vermehrt. Die Gesellschaft schätze die Arbeit der Frauen erheblich niedriger ein. Sie spare an jeder Schaffnerin 30 Mark pro Monat. Dabei sei es bei der Eigenart des Betriebes ganz unmöglich, daß die Schaffnerin geringeres leiste als der männliche Kollege. Es entstehe die ernste Frage, ob die Männer nicht ganz durch Frauen ersetzt würden und dies auch nach dem Kriege so bleiben werde. Bleibe die Frau bei den jetzigen Löhnen im Betriebe, so wirke sie als Lohndrückerin. Es müsse daher die allgemeine Erhöhung der Löhne und vor allen Dingen die des weiblichen Personals angestrebt werden. Der erfolgreiche Weg dazu führe aber nur durch die Organisation. Andere Verwaltungen hätten mehrfach bereits aus eigenem Antriebe dem organisierten Personal Aufbesserungen gewährt. In Berlin sei dies schon viermal, in Straßburg zweimal, geschehen. Er setze keine große Hoffnung auf die Danziger Stadtverwaltung, erwarte aber doch, daß sie bei diesen traurigen Verhältnissen der Gesellschaft die Anregung zur Erhöhung der Löhne geben werde. Die Danziger Aktiengesellschaft habe immer hohe Gewinne, 6, 7 mitunter auch 8 Prozent gezahlt. Die gerechteren Löhne, die die Angestellten nicht erhalten, fließen nicht in die Taschen der Armen sondern in die, häufig noch auswärtiger reicher Aktionäre. Die Angestellten würden hart mit Geldstrafen bis zu 4 Mark und Kautionsentziehungen bis zu 50 Mark bestraft. Er bedauere, daß er durch das Verhalten der Gesellschaft gezwungen sei, trotz des Burgfriedens solche Ausführungen zu machen. Die Angestellten müßten gemeinsam in der Organisation sich die Lebensverhältnisse schaffen, die die schwerreiche Gesellschaft ihnen grundlos verweigere. — Der örtliche Leiter der Organisation Jäpel wies besonders darauf hin, wie die Gesellschaft durch die ungeheuerliche Umstellung des Lokals das gesetzliche Koalitionsrecht mißachte. Die drei Redner der vorigen Versammlung seien der Direktion leider denunziert und dann sofort entlassen worden. Dieser schmähliche Verrat werde sich aber gewiß noch rächen. Direktor Kupferschmidt habe vor einiger Zeit gemeint: Mit meinen Kaschuben werde ich alleine fertig! Diese beschimpfende Einschätzung habe das Personal durch sein Fernbleiben von der Organisation allein verschuldet. Im Kampf um Deutschlands Selbständigkeit und Freiheit dürfte es sich solche Beschimpfungen nicht mehr gefallen lassen. Der Eintritt in die Organisation sei Ehrensache aller weiblichen und männlichen Straßenbahner, dann würde selbst die Danziger Direktion endlich auch ihre gesetzlichen Rechte respektieren.

Wir können den Wunsch, daß die Danziger Straßenbahnerinnen und Straßenbahner sich recht bald in ihrer starken Organisation, dem deutschen Transportarbeiterverband, Büro: 4. Damm Nr. 7, Eingang Häkergasse, zusammenschließen möchten, nur dringend unterstützen. Schon einmal haben sie im Jahre 1900 durch einmütigen Zusammenhalt in der Lohnbewegung, die sogar zum Streik führte, der Direktion ihre Macht gezeigt. Danzigs Straßenbahner dürfen nicht hinter denen Warschaus zurückbleiben! Sie sollen nie vergessen, daß der große deutsche Dichter Goethe es war, der auch für sie das Wort geschrieben hat:

Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!

Danziger Nachrichten

In gesellschaftliche Untiefen

leuchtete ein Prozeß, den die Strafkammer am 1. Juli formell gegen die Buchhalterin Frl. M. wegen Betrug und Urkundenfälschung, in Wahrheit aber gegen die falsche gesellschaftliche Würdigung des Weibes und schließlich subjektiv in erster Linie gegen den Direktor Karl Weiße der Danziger Kredit- und Güterbank e. G. m. H. führte. Soweit wir sehen, berichtete darüber ausschließlich die Danziger Zeitung, die auf dem Standpunkt der fortschrittlichen Frauenbewegung und liberaler Förderung der Frauenrechte steht. Sie überschrieb den Bericht wie eine spektakelnde Filmsensation mit „Ein abenteuerliches Frauenleben". Sie nannte die Dame mit Vor- und Zunamen! Was sie getan haben soll, wurde in allen Einzelheiten wie in einem Schund- und Schauerroman geschildert. Nebenher fällt die gütige Bemerkung ab, daß die Dame weniger aus verbrecherischer Anlage als aus Leichtsinn und „vollkommenem Mangel an moralischem Halt" gehandelt habe. Von dem Herrn Direktor wird auch nicht annähernd Schlimmes und Tadelndes an Charaktereigenschaften gezeichnet. Er wird sogar liebenswürdig in einen Bankbeamten aus Zoppot verwandelt. Dabei hat er seinen Wohnsitz in Danzig. Allerdings kann auch die Danziger Zeitung nicht die Mitteilung unterdrücken, daß Weiße mit der Dame seit Mai 1914 Beziehungen hatte. Sie ließ sich bei Ausbruch des Krieges als Rote-Kreuz-Helferin ausbilden. Der Herr Direktor betätigte sich dann gleichfalls beim Roten Kreuz und beide fuhren in demselben Lazarettzuge nach dem Osten. Dann wurde aus irgend einem der in solchen Fällen vielfach angewandten Gründe der Herr seiner Geliebten überdrüssig. Er suchte sich ihrer nun in vollendetem männlichen Edelmut mit Hilfe des Staatsanwalts zu entledigen. So kam sie auf die Anklagebank und verfiel der Verfemung der Danziger Zeitung. Der Herr Direktor mochte wohl ahnen, welche glänzende Rolle er spielte. Denn offenbar auf seine Bitte wurde sein Name von der vornehmen Zeitung, die das verfolgte Mädchen an den Pranger schlug, nicht genannt. Dies Verhalten ist um so verurteilenswerter, als die Dame freigesprochen worden ist! Der Beginn und das Ende ihres glänzenden Scheindaseins wird von so vielen ihrer Mitschwestern, die die Gunst eines besseren Herrn zu gewinnen wissen, geteilt, so daß wir keine Veranlassung haben, es in Einzelheiten wiederzugeben. Wir erinnerten uns aber der feinen Ironie mit der der türkische Ingenieur vor einigen Monaten in der Technischen Hochschule das türkische Haremsleben mit Rücksicht auf abendländische Kulturblüten ablehnte. Wir machen die falsche Sittenrichterei nicht mit, die ein am Anfang sicher gutgläubig handelndes Mädchen für Folgen und Dinge verantwortlich macht, an denen sie persönlich ganz gewiß unschuldig ist. Muß man sie nicht allgemein als Opfer der Verhältnisse bedauern, so ganz gewiß wegen der Rücksichtslosigkeit, mit der der Mann, der ihr vorher sicher in ganz anderer Weise und Sprache gegenübergetreten ist, sie als lästiges Hindernis abschüttelte. In seinem Pfingstruf an die deutsche Jugend mahnte Professor von Wiese im Berliner Tageblatt, daß wir noch keine Kultur haben, sondern sie erst noch gewinnen müssen. Die Menschheit wird aber niemals eine Kultur besitzen, die nicht die der Hochschätzung des Weibes ist! Dann wird es solche Opfer der besitzenden Männerklasse ebenso wenig wie die splitterrichtende Unmoral „interessanter" Preßberichte der Art geben, mit der sich die Danziger Zeitung bloßstellte. Das Heldentum, das unsere Frauen und Mädchen im Kriege betätigen, sollte solche „Berichte" schon aus Achtung vor dem weiblichen Geschlecht unmöglich machen.

Warnung vor falschen Gerüchten.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: In letzter Zeit sind mehrfach leichtfertig haltlose, nach Auskunft maßgebender Stellen, jeder Grundlage entbehrende Gerüchte im Publikum verbreitet worden. Wir weisen darauf hin, daß die leichtfertige Verbreitung falscher Gerüchte, welche zur Beunruhigung der Bevölkerung führen können, strafbar ist. Es muß daher dringend vor der Weiterverbreitung solcher Gerüchte gewarnt werden; es ist patriotische Pflicht eines jeden, den Verbreiter derartiger Gerüchte rücksichtslos zur Anzeige zu bringen.

Schutz gegen Fliegergefahr

Anläßlich der Opfer, die feindliche Fliegerüberfälle in verschiedenen Städten Deutschlands gefordert haben, wird uns von zuständiger Seite geschrieben:

Die leicht zu beachtenden Schutzmaßnahmen sind anscheinend leider nicht überall beachtet worden, sonst würden die Wirkungen der Fliegerbomben ganz erheblich geringer gewesen sein. Die Hauptgefahr für Verwundungen durch Fliegerbomben oder Artillerie-Geschosse liegt im regen Straßenverkehr. Daher ist die größte Hauptsache, daß Straßen, Gassen, Plätze so schnell als möglich menschenleer werden.

Alle auf den Straßen befindlichen Personen, besonders auch Kinder, haben sich bei Tage wie bei Dunkelheit auf das schnellste in ihre Wohnungen oder wenn diese zu entfernt liegen, in die unteren Hausflure nächstgelegener Häuser zu begeben und sich dort wegen Splittergefahr möglichst entfernt von den Straßenausgängen aufzuhalten. Die in oberen Stockwerken befindlichen Personen suchen zweckmäßig die unteren Geschosse, Hausflure oder Keller auf.

Bei Dunkelheit ist die Straßenbeleuchtung abzudrehen. In allen öffentlichen und Privat-Gebäuden sowie in allen Wohnungen ist das Licht zu löschen, da es den Fliegern Ziel und Anhalt bietet. Das Gas ist wegen Feuersgefahr abzustellen.

Die Straßenbahn stellt jeden Verkehr ein und stellt das Licht ab.

Jede Panik muß vermieden werden, es ist Pflicht jeden besonnenen Bürgers einer solchen entgegenzuwirken und kaltblütig für Ordnung zu sorgen.

Gedenktage Danziger Truppen.

2. Leib-Husaren-Regt. Königin Victoria von Preußen Nr. 2.

16.—17. Juli 15. Das 2. Leibhusaren-Regiment als Vorhut der Brigade greift von Norden her in die Schlacht von Groß-Wulg und Alt-Wulg ein, schlägt vernichtend das Primorski-Dragoner-Regiment und macht viele Gefangene. Aufklärungseskadrons unter Rittmeister von Puttkamer gelingt es im Verein mit der Kav.-Division 3 Geschütze zu erbeuten.

21. und 22. Juli 15. Sruzdie, Meszkucie: Teile des 2. Leibhusaren-Regiments greifen in die Schlacht zwischen Schaulen, Sruzdie und Meszkucie ein und können viele Gefangene machen.

25. Juli 15. Witorty. Die Schützen des 2. Leibhusaren-Regiments nehmen nach langem Fußgefecht, in dem schließlich viele Teile der Kavallerie-Division eingesetzt werden, nachts das Dorf Witorty bei Poswol.

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 61.

11. Juli 15. Vormarsch in Kurland. Der Feind wird immer weiter zurückgedrängt.

4. Batterie Reserve-Fußartillerie-Regiment Nr. 17.

Juli 15. Dubissa. Stellungskämpfe, in denen das in raschem Anlauf gewonnene Land gegen starke feindliche Kräfte verteidigt wurde.

1. Leib-Husaren-Regiment Nr. 1.

16. Juli 15. Roten bei Rengenhof. Während das Brigade-Regiment im Kampf nach Süden einem Gegner gegenüber lag, der von der Infanterie-Division von Westen angegriffen wurde, bemächtigten sich die Russen der Verbindung der Leibhusaren mit der Division nach Norden. Die Schützen der 1. und 3. Eskadron greifen die im Rücken der Brigade stehenden Russen an und machen hierbei 282 Gefangene, sodaß die Verbindung mit der Division wiederhergestellt werden konnte. Am gleichen Tage macht die 2. Eskadron mit einer Eskadron eines anderen Husaren-Regiments zusammen als Aufklärungsabteilung 200 Gefangene und erbeutet 3 Geschütze, darunter ein deutsches eines Reserve-Feld-Artillerie-Regiments.

21.—23. Juli 15. Drusdy, Deg... Die 1. Eskadron macht bei dem Detachement Z. einer Division in den Gefechten bei Grusdy, Deguce und Johanniskiele 2 Offiziere und 712 Russen zu Gefangenen, wofür die Eskadron von dem Nordkorps 6 Eiserne Kreuze erhielt.

1. mobile Ersatz-Eskadron des 17. Armeekorps.

4.—20. Juli 15. Gegend Ciechanow-Nowoje Miasto. Vormarsch der Landwehr-Division (Div. v. B.) auf Nowo-Georgijewsk. Verfolgung der zurückgehenden russischen Truppen.

23.—24. Juli 15. Pultusk. Kämpfe um und südwestlich Pultusk. Vorgehen der Eskadron mit der mobilen Ersatz-Eskadron, Radfahrer- und Maschinengewehr-Abteilungen vor der Front einer L.-D. bis an den Serock-Abschnitt.

Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 21.

13. Juli 15. Sztrshalkowo. Nächtlicher Ueberfall auf die feindliche verstärkte Stellung im Anschluß an den Durchbruch der Armee.

14.—15. Juli 15. Ciechanow—Kruschewo. Angriff auf die verstärkte Stellung bei Ciechanow, wobei der Gegner zur Räumung gezwungen wurde.

16. Juli 15. Ciechanow—Nichotezin. 2. und 3. Bataillon Infanterie-Regiments 21 Verfolgung des bei Ciechanow geworfenen Gegners auf Sonsk.

16. Juli 15. Kruschpi. 1. Bataillon Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 21 Verfolgung des bei Ciechanow geworfenen Gegners.

25. Juli 15. Pultusk. Angriff der Vorstellung von Pultusk. Regiment in Reserve.

24. Juli bis 15. August 15. Pihstornya—Ciepelin. Verteidigungsgefecht gegen die von Sirock vorgeschobene Reserve, wobei am 27. 8. feindlicher Durchbruch bei Ciepelin, ausgeführt von einem feindlichen Armeekorps gegen die von Leslewo bis Budy-Obremskaja reichende Stellung des Regiments, abgewiesen wurde.

* **Die Familienunterstützung ist auch rückständigen Steuern gegenüber unpfändbar.** Der preußische Minister des Innern hat nach Berliner Blättern Veranlassung genommen zu der Frage, ob die gesetzliche Familienunterstützungen für rückständige Steuern mit Beschlag belegt werden können, in folgender Verfügung (vom 25. Mai d. J.) Stellung zu nehmen: „Ein solches Vorgehen kann nicht für zulässig erachtet werden. Der den Angehörigen in den Dienst eingetretener Mannschaften zustehende Unterstützungsanspruch ist als der Pfändung nicht unterworfen anzusehen. Nach dem Zwecke des Gesetzes stellen sich die Unterstützungen als Beiträge zum Unterhalt dar. Dem entspricht es, sie hinsichtlich der Unpfändbarkeit den auf gesetzlicher Vorschrift beruhenden Unterhaltsforderungen (§ 850 der Zivilprozeßordnung) gleichzustellen. Aus der Unpfändbarkeit des Unterstützungsanspruchs ergibt sich ohne weiteres, daß er der Aufrechnung nicht unterliegt und nicht abgetreten werden kann (§§ 394, 400 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

Fleischermeister Eugen Jahr

heißt der vom Schöffengericht, wie wir in unserer letzten Nummer 26 mitteilten, wegen Ueberschreitung der Höchstpreise zu 200 Mark Geldstrafe Verurteilte. Wir hatten irrtümlich den Fleischermeister Franz Jahr, Scheibenrittergasse 9 wohnhaft, genannt. Eugen Jahr wohnt nicht dort, sondern hat einen Stand in der Markthalle. Wir bedauern, daß uns die Verwechslung unterlaufen ist und stellen die Tatsachen gern richtig.

Immelmann als Gegner des Alkohols.

Der Fliegeroberleutnant Immelmann, dessen Laufbahn der Todessturz ein Ziel gesetzt hat, hat sich, wie die Klinisch-Therapeutische Wochenschrift (Verlag von Dr. Rothschild in Berlin-Wilmersdorf) mitteilt, gegenüber der Leitung des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke auf eine Anfrage hin als Gegner des Alkohols bekannt. Unter anderem hat er geschrieben: „Ich halte in der Tat nichts für lähmender und niederdrückender, als den Genuß geistiger Getränke, in welcher Form das auch sei. Ich habe selbst Gelegenheit gehabt, zu beobachten, daß sogar kleine Mengen Alkohol die Entschlußfähigkeit, die Denkkraft, die Geistesgegenwart ungünstig beeinflussen. Wie für alle, die ein schnelles Fahrzeug führen, z. B. Lokomotivführer, Automobilführer, so ist auch für uns Flieger das Meiden des Alkohols ein Haupterfordernis, um erfolgreich tätig sein zu können, ohne über überangestrengte Nerven klagen zu müssen."

Die gleiche Ansicht haben andere Luftfahrer betont. So hat der amerikanische Kriegsberichterstatter Karl von Wiegand aus dem Munde eines Luftschiffführers, der sich an den Angriffen auf England beteiligt hat, folgenden Ausspruch aufgezeichnet: „Wir alle enthalten uns vollständig aller geistigen Getränke auf den Zeppelinschiffen, denn wir brauchen klare Köpfe und gesunde Nerven, und das sind Dinge, die der Alkohol nicht begünstigt. Auf einem Zeppelin geht es zu, wie in einer Sonntagsschule: es wird weder getrunken noch geraucht."

Diese vollgültigen Beweise für die Schädlichkeit der alkoholischen, fälschlich geistig genannten, Getränke sollten mehr und mehr praktisch befolgt werden. Der Arbeiter-Abstinenten-Bund tritt organisiert für die Befreiung der Arbeiter vom Alkohol auf. Die hiesige Ortsgruppe leitet Genosse Bartel. Aufnahmen werden auch in der Buchhandlung Volkswacht angenommen.

Danzigs Heringsparadies.

Die Entwicklung der geheimnisvollen Firma Martin und Arnold Lewinski vom Schweinekraftfutter-Lieferanten zum Angebot menschlicher Nahrungsmittel haben wir wiederholt behandelt. Das Rätsel der Doppelfirma konnten wir leider noch nicht ganz lösen. Unsere Aufforderung an das Städtische Amt und die Preisprüfungsstelle, in ihre Geheimnisse hineinzuleuchten, hat uns keine Mitteilung von diesen Stellen gebracht. Dafür geht das Angebot von Massen von Heringen nach auswärts flott weiter. Jetzt erscheint übrigens auch die von uns zitierte Firma Arnold Lewinski auch selbst unter dieser Bezeichnung. Ein Feldgrauer schickte uns in der letzten Juniwoche aus Crefeld das folgende Inserat, das offenbar auch dem Berliner Tageblatt entnommen:

Achtung!!

Als Beiladung zu einem Waggon ab Berlin offeriere fr. Berlin

1 Salzheringe, garantiert gesund, preiswert, gute Packung, Inh. 1000 Stck. Preis M 175.— p. Tonne

2 [illegible] preiswert, 600 Stück à 13 Pfg.

3 [illegible] 400 „ à 14 „

4 la marinierte Heringe garantiert gesund Bahnfass 500 St. à [illegible] Pfg.

5 la [illegible] 1000 „ à 14 „

6 la Heringssalat [illegible] 50 Pfd. à M. 1.50

7 la [illegible] à „ 1.20

Kasse nur gegen [illegible] bei Danziger Privat-Aktien-Bank, Danzig. Bestellungen dieser Offerte gelten nur bis 1. Juli.

Fernruf 1374 **Arnold Lewinski, Danzig,**

Hundegasse Nr. 113, Postschliessfach 128

Herings-Handlung u. Marinadenindustrie

Die tüchtige Firma scheint sich vor ihrem Ueberfluß trotz ihrer Massenangebote so wenig bergen zu können, daß sie am 18. Juni im Berliner Tageblatt folgendes Angebot machte:

200 Bahnfässer

je 500 Stück

la marinierte Heringe

garantiert gesund, preiswert, Delikatesse, verkaufe per sofort pro Faß Mk. 70 ab hier

nur in geschlossenen Posten

Diese Offerte ist äußerst günstig und der Preis nur für sofortigen Kassakauf gegen evtl. vorherige Besichtigung bindend.

Arnold Lewinski,

Danzig, Hundegasse 113,

Postschliessfach 128.

Herings-Handlung und Marinadenindustrie.

Dem Kenner der Dinge wird die fettgedruckte Verpflichtung zur Abnahme geschlossener Posten und der sofortige Kassakauf genug sagen. Es würde zu weit führen, die Besonderheiten beider Inserate ausführlich darzulegen. Dem aufmerksamen Leser werden sie in beiden Fällen nicht entgehen. Nach den Ausführungen in unsern früheren Artikeln beschränken wir uns auf die Feststellung, daß einmal gute Heringe von garantierter Gesundheit schon für 13 Pfg. pro Stück und dann sogar erstklassige marinierte Heringe zu 14 Pfg. pro Stück nach auswärts angeboten werden. Und dies geschieht aus der Stadt, in der die Aermsten einen norwegischen Salzhering mit 26 Pfg. bezahlen müssen. Hinter soviel kaufmännischer „Menschenfreundlichkeit" mag auch die verschwiegene Firma Martin Lewinski nicht zurückbleiben. Sie zeigte am 2. Juli im Berliner Tageblatt folgende Verkäufe an:

100 Fass à 500 Stück

la Rollmöpse Mk. 55.— p. Fass

300 Fass à 500 Stück

la marinierte Heringe Mk. 65.— p. Fass

Dieses Quantum kann alle 14 Tage geliefert werden

und wollen sich nur la kurz entschlossene Cassakäufer melden. Proben werden nicht versandt; dagegen an ernsthafte Reflektanten Probefässer per Eilgut und Nachnahme. Besichtigung erwünscht, vorherige Anmeldung erforderlich.

Es wird in jeder Weise garantiert, dass nur gesunde Ware verarbeitet wird.

Martin Lewinski, Danzig.

Postfach 177.

Hier wird ein erstklassiger marinierter Hering, mit Einschluß hoher Unkosten für Fracht usw., sogar für Aachen, Köln und Brüssel schon für 13 Pfg. angeboten! Es ist natürlich nichts weiter als einfache Gewissenhaftigkeit, wenn Besichtigung erst nach vorheriger Anmeldung, die als unbedingt erforderlich bezeichnet wird, erwünscht ist. Für die Danziger Bevölkerung wird die Versicherung besonders wertvoll sein, daß es sich bei den 13 Pfg. pro Fisch nur um garantiert gesunde Ware handelt.

Wir sind nur neugierig, wie lange dieses Treiben noch geduldet werden wird?! Das Schweigen der gesamten bürgerlichen Presse über diesen Herings-Spezialismus werten wir genau so, wie ihre sprachlose Duldung der Verteuerung des Straßenbahnverkehrs. Uns kann es sehr recht sein, wenn diese Presse sich als Organ des Publikums freiwillig ausschaltet. Wertvoll erscheint uns noch die Feststellung, daß die Hintermänner der rätselvollen Doppelfirma Martin und Arnold Lewinski in dem neuen Danziger Börsenkartell erheblichen Einfluß besitzen! Der selbstlose Charakter dieser Vereinigung wird dadurch in geeigneter Weise klargestellt.

Die Stadträte Herzog und Krupka

wurden am 4. Juli von Oberbürgermeister Scholtz in ihr Amt eingeführt. Recht kurz und kühl sprach Scholtz die Erwartung aus, daß die beiden im Magistrat gute Ratgeber sein und der Stadt wertvolle Dienste leisten möchten. Stadtverordnetenvorsteher Keruth sprach etwas von gemischten Gefühlen, mit denen er das Ausscheiden der beiden aus der Stadtverordnetenversammlung betrachte. Der neue Stadtrat Herzog meinte, daß in dieser ernsten Zeit zu vielen Worten kein Anlaß sei, es heiße jetzt an die Arbeit zu gehen. Er würde sich in dem neuen Amt mit echter Toleranz unter Einsetzung seiner ganzen Kraft, das versicherte er auch für Krupka, betätigen.

Wir werden in einiger Zeit aktenmäßig nachweisen, wie Herzog trotz entschiedenen Sträubens den Vorsitz der Sektion 4 der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft niederlegen mußte, und mit welcher allerechtesten Toleranz er beim Abschluß der Bauarbeiteraussperrung 1909 gegen die Arbeiter aufgetreten ist. — Stadtschulrat Dr. Damus wurde in geheimer Abstimmung, die Stadtverordneten müssen von den abhängigen Wählern bekanntlich öffentlich gewählt werden, auf weitere 12 Jahre mit 35 von 36 Stimmen wiedergewählt.

Doch noch Klaviersteuer?

Unter den häßlichen Kriegssteuerprojekten der Stadt fiel besonders ungemein die Klaviersteuer auf. Die Musikfreunde waren aber inzwischen der Meinung geworden, daß Danzig von diesem Monstrum doch nicht geplagt werden würde. Nun schreibt die Königsberger Volkszeitung am 5. Juli: Die zuständigen Ministerialinstanzen beschäftigen sich zurzeit mit dem Beschluß des Danziger Magistrats, der als erste deutsche Stadtverwaltung eine Steuer auf Klaviere, Flügel und Phonographen einführen will. Der Entwurf dieser Steuerordnung hat bereits die Genehmigung des Bezirksausschusses gefunden.

Die Besteuerung der Krieger durch die erhöhte Einkommensteuer zeichnet Danzig bereits aus. Auch die Kriegsinvaliden sind dem Steuersäckel durch die Aufrechterhaltung der Grenze von 660 Mark verpflichtet. Die Besteuerung des Wertzuwachses reicher Grundspekulanten ist abgelehnt worden. Die Straßenbahnaktionäre streichen schmunzelnd auch weiterhin viele Hunderttausende ein. Nun soll dieses prächtige Kulturgemälde städtischer Steuerpolitik wirklich noch durch die Besteuerung der Freude an der Musik ergänzt werden? Wie will dann aber die Stadtverwaltung noch die Ausgabe eines Pfennigs für die Förderung des Stadttheaters rechtfertigen? Wir möchten daher doch hoffen, daß unser Königsberger Parteiblatt sich irrt.

* Eine öffentliche Schneiderversammlung

tagte am 3. Juli im Bildungsvereinshause zur Besprechung der Folgen der durch die Bundesratsverordnung vom 4. April 1916 eingetretenen Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche. Der Bezirksleiter der freien Organisation, Genosse Malter-Breslau sprach über die Gründe der Verkürzung, die durch die Streckung der Erzeugnisse notwendig geworden sei. Der christliche Bezirksleiter Nolte aus Breslau referierte über die Maßnahmen gegen die infolge der Verkürzung eintretenden Arbeitslosigkeit. Es wurde festgestellt, daß in Danzig bereits eine erhebliche Arbeitslosigkeit eingesetzt habe und in kürzerer Zeit in noch höherem Grade zu befürchten ist. In anderen Großstädten hätten Magistrat und Gewerbebehörden schon vor Monaten Schutzmaßnahmen vorbereitet. Hier sei es leider unterblieben! Die Bezirksleiter sollen gemeinsam beim Magistrat und der Gewerbeinspektion die erforderlichen Schritte beantragen. Zur Feststellung der Arbeitslosen sollen sich diese für die freie Organisation bei Meding, Hundegasse 52, 3 Treppen, für die Christlichen bei Mielke, Breitgasse 106, und für die Hirsch-Dunckerschen bei Herzmann, Rittergasse 29, melden.

Die Danziger Wohnungsnot

hat jetzt einen so bedenklichen Charakter angenommen, daß ihr auch der Magistrat entgegentreten zu müssen glaubt. Leider geschieht das in absolut ungenügender Weise auch hinsichtlich des Erkenntnisses des Umfanges und der Wirkungen des Wohnungsmangels. Von der Stadtverordnetenversammlung forderte er ganze 5700 Mark um in den oberen drei Geschossen des völlig veralteten Schulgebäudes Langgarten 22 nur zehn Wohnungen für zeitweise wohnungslose Familien einzurichten. Für den Kenner der Danziger Wohnungsverhältnisse ist diese Forderung unverständlich, wenn man sich äußerst milde ausdrücken will. In der schriftlichen Begründung meint der Magistrat, daß erst vor Kriegsausbruch eine Knappheit von Kleinwohnungen eingetreten sei. Dabei sprechen die Wohnungskenner Deutschlands schon seit mehr als einem Menschenalter von dem sprichwörtlichen Wohnungselend Danzigs! Jetzt meint aber der Magistrat, daß während des Krieges die Wohnungsknappheit erheblich zugenommen hat und zu einer förmlichen Wohnungsnot geführt hat. Er stellt fest, daß nicht nur ganz arme Leute ohne Wohnungen bleiben, sondern, man bedenke: mitten im Kriege, auch Familienväter, die gutes und sicheres Einkommen haben. Gegen die Hausbesitzer, die in solcher Weise gegen ihre Volksgenossen verfahren, hat er jedoch kein Wort. Dieser großen Not glaubt er mit einer Vermehrung der Bauten der Wohnungsgenossenschaften und durch einige städtische Wohnungen für Angestellte abhelfen zu können. Daher will er möglichst nur Wohnungsbaracken errichten und in die alten Schichau-Häuser Wohnungslose unterbringen! Seine ganze Wohnungsreform geht also darauf hinaus, den Heimatlosen in recht dürftigen Quartieren Unterschlupf zu gewähren, daß sie jeden Tag das Gefühl haben, dort unerwünscht zu sein und bald wieder abziehen! Wie dieser Zustand allgemein und auf das Gemüt der Familienväter und -Mütter wirken muß, scheint man sich nur im Rathaus nicht vorstellen zu können. **Dringend notwendig ist aber eine entschiedene städtische Wohnungsreform, die den Minderbemittelten dauernd gute Wohnungen sichert und sie vor allem gegen die Eigensucht privater Hausbesitzer schützt!** So nur kann das Allgemeinwohl auf dem äußerst wichtigen Wohnungsgebiet geschützt werden. In der Stadtverordnetenversammlung klagte Ritz am 4. Juli, daß die Hausbesitzer allgemein hohe Mietssteigerungen vorgenommen hätten. Wir müssen diese Mitteilung leider aus praktischer Erfahrung bestätigen. Was in dieser Hinsicht sich bei der Fortdauer des Krieges noch entwickeln wird, zeigt die allerungünstigsten Aussichten. Die 5700 Mark wurden von den Stadtverordneten ohne die geringste Bemerkung über das wirklich Notwendige bewilligt.

Krieger-Heimstätten.

Die Stadtverordneten Hardtmann und Genossen wünschen, daß der Magistrat verfügbare städtische Güter an Kriegsinvaliden abgeben möchte. Die Bauernbank hat, nach ihrer Information, Neigung, die Zerlegung und Abgabe der Güter zu übernehmen. Oberbürgermeister Scholtz stimmte der Anregung in der Stadtverordnetenversammlung zu und wollte zunächst das Gut Trutenauer Herrenland zur Verfügung stellen. — Es handelt sich hier um eine praktische Verwirklichung des vom Reichstage beschlossenen Kapitalabfindungsgesetzes für Kriegsverletzte. Da es sich um eine gesetzlich genügend gesicherte freiwillige Kapitalabfindung handelt, so besteht kein Anlaß, dem Heimstättengedanken in dieser Form zu widersprechen. Allerdings haben wir ein sehr erhebliches Bedenken! Wie kann eine große Stadtgemeinde sich damit begnügen, wieder nur als Grundstückshändler an die Bauernbank zu verkaufen? Sie hätte in erster Linie die Aufgabe, auch sozial die Interessen der Kriegsinvaliden zu schützen. Das ist kinderleicht so zu machen, daß die Stadt selber die Heimstätten aufteilt und abgibt! Und dann auch für die Folge sich der Interessen der Heimstätteninhaber in jeder Richtung fürsorglich annimmt. Dies wäre praktischer Dank an unsere Krieger, der ihnen den Wert des Vaterlandes erkennen lassen würde und weit über eine Reihe sehr billiger Worte hinausgeht. Vom Stadtv. Hardtmann hätte man eigentlich diese Anregung selber erwarten können.

Ein Protest-Beschluß.

Dem Kenner der städtischen Verhältnisse ist es nicht unbekannt, daß die Eigenart des Oberbürgermeisters Scholtz auch bei den durchweg bürgerlichen Stadtverordneten immer

weniger Billigung findet. Die steigende Neigung, sich den Wünschen auf plötzliche Annahme selbst umfangreicher Vorlagen nicht zu fügen, kam am 4. Juli recht bemerkenswert zum Ausdruck. Zur Vornahme von Vorarbeiten durch Versuchsbohrungen für die Erweiterung der städtischen Wasserwerke verlangte der Magistrat 50 000 Mark. Es sollen in der Nähe von Saspe 60 Bohrungen ausgeführt werden. Das Projekt stützt sich wesentlich auf eine Denkschrift des Diplomingenieurs Fuchs, die von mehreren Stadtverordneten bemängelt wurde. Besonders eingehend äußerte sich der als Hygieniker bekannte Arzt Dr. Liévin. Bemerkenswert waren seine Ausführungen, daß das Wasserwerk Steinschleuse in der Hauptsache nicht Grundwasser, sondern Oberflächenwasser aus der unmittelbar vorbeifließenden Mottlau liefert. Die Mischung des Wassers aus der Steinschleuse mit dem Kreidewasser des Ergänzungswerks Königsthal sei vorwiegend nicht deshalb ungenügend, weil das Steinschleusenwasser verbraucht werde, ehe es in das Mischungsbassin komme. Die Mischung sei vielmehr deshalb unmöglich, weil die Bassins in verschiedener Höhe lägen; die Denkschrift spreche sich hierüber nicht aus. Stadtrat Dumont bestritt, daß Steinschleuse indirekt Mottlauwasser liefert, bestätigte jedoch, daß im Hochbassin Königsthal die Mischbehälter einen Höhenunterschied von 1 Meter aufweisen! Er meinte indes, daß sich dieser Unterschied nicht ändern lasse. Dr. Liévin beantragte schließlich die Ueberweisung an eine Kommission von fünf Stadtverordneten. Stadtrat Dumont und Ingenieur Fuchs wendeten sich gegen diesen Antrag mit der Behauptung, daß schleunige Arbeit unbedingt notwendig sei, weil sonst Wassermangel zu befürchten sei. Professor Simson trat jedoch auf die Seite des Arztes. Dr. Liévin erhob dagegen Einspruch, daß der Magistrat den Stadtverordneten in solcher Weise die Pistole auf die Brust setze! Wenn es wahr sei, daß das Wasserwerk in so ungenügender Weise funktioniere, wie Dumont und Fuchs behaupteten, so sei dies die Schuld des Magistrats, nicht die der Stadtverordneten. So dürften die Stadtverordneten nicht mehr mit sich umgehen lassen! **Solchen Einschüchterungsversuchen dürften sie sich nicht fügen!** Auch Stadtv. Burgmann wendete sich scharf gegen den Magistrat. Es sei einfach unmöglich, daß die wenigen Wochen der Arbeit der Kommission der Sache schaden könnten; es müsse vertagt werden! Obwohl der Berichterstatter Ehm um sofortige Annahme der Vorlage bat, wurde mit 21 gegen 13 Stimmen der gegen das System Scholtz gerichtete Protestantrag Liévin angenommen! In die Kommission wurden die Stadtverordneten Dr. Liévin, Burgmann, Hardtmann, Brunzen und Ehm gewählt.

Die Lebensmittelpreise

wollen nicht von ihrer grausamen Höhe herunter. Es klingt, als ob es sich um eine wissenschaftliche Kostbarkeit handelt, wenn man feststellen muß, daß am letzten Sonnabend das Pfund geräucherter Aale 5 Mark kostete. Woher die Märchen über die großen Hundertmarkfänge, die die Danziger in letzter Zeit beglückt haben sollen, entstanden sind, mögen die Götter wissen. Hinter solchen Erfindungen müssen sich ganz besonders unangenehme Interessen verstecken. Tatsächlich merken die Danziger garnichts von solchem Fischreichtum. Die alte Klage des Eierwuchers ist leider noch immer begründet, was uns wahrlich nicht Wunder nimmt. Die Mandel kostet noch immer 4,20 Mark und 4,30 Mark. In dem teuren Kurbade Zoppot dagegen nur 3,80 Mark und in Elbing 3,60 Mark. Nur in Danzig weiß man keine Mittel und Möglichkeit sich gegen die skandalöse Ausraubung zu schützen. Wie lange will man denn hier noch geduldig zusehen? Nun sind schon wieder 14 Tage vergangen seit Dr. Grünspan die große städtische Hühnerfarm ankündigte und noch sieht man keine einzige Hühnerfeder.

Die Danziger Zeitung teilt am 6. Juli abends mit, daß sie bei dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, v. Batocki, wegen der ungerechtfertigt hohen Eierpreise Beschwerde geführt habe. Er hat darauf geantwortet:

„Für Ihr Schreiben vom 22. Juni danke ich Ihnen verbindlichst. Ich stimme Ihnen bei, daß die Regelung der Eierversorgung drängt. Sie ist in Vorbereitung und wird, wie ich hoffe, bald in Kraft treten."

Diese Antwort scheint uns mehr diplomatisch als diktatorisch. Es dürfte danach der Eierskandal vorläufig keine entschiedene Bekämpfung zu befürchten haben.

— **Kriegsküchen in Essen.** Seit Montag sind in Essen 10 Kriegsküchen mit ca. 9000 Litern Kesselinhalt im Betriebe. In den nächsten Tagen kommen weitere 10—12 Kessel mit 5000 bis 6000 Litern Inhalt dazu. Von fahrbaren Küchen hat man Abstand genommen, die Küchen vielmehr auf das ganze Stadtgebiet verteilt. Die Küchen stehen nur den Minderbemittelten mit einem Einkommen bis 1800 Mark zur Verfügung. Der Preis für die Portion beträgt 30 Pfennige.

— **Das Problem der Massenspeisung in Dortmund.** Mit der Massenspeisung, deren Förderung vom Kriegsernährungsamt wegen der allgemeinen Ernährungsschwierigkeiten gewünscht wird und namentlich jetzt in den letzten Wochen vor der Ernte auch notwendig ist, ist die Stadt Dortmund schon zeitig vorgegangen. Schon in den ersten Wochen des Krieges, am 26. August 1914, wurden die ersten Kriegsküchen eröffnet und mit der Massenspeisung begonnen. Seitdem ist die Zahl der Kriegsküchen ständig vermehrt worden. Es sind bis jetzt 15 im Betrieb, die täglich für 18 000 Personen das Mittagessen liefern. In den nächsten Tagen kommen noch 7 weitere Kriegsküchen hinzu, sodaß dann aus 22 Kriegsküchen für 35 000 Personen das Mittagessen geliefert wird. Die Küchen sind über die ganze Stadt verteilt worden, damit die meisten Speisenempfänger den Weg in höchstens fünf Minuten zurücklegen können. Der Preis der Portion beträgt 20 Pfennig, die Herstellungskosten erreichen fast den doppelten Betrag. Es ist das Bestreben der Stadtverwaltung, die Massenspeisung noch weiter auszudehnen; jedoch steht die Verwaltung durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß die gesamte Bevölkerung an der Massenspeisung teilnehmen soll, sondern nur diejenigen Einwohner, die der Teilnahme aus besonderen Gründen bedürfen.

Die Unzulänglichkeit der G. m. b. H.-Speisehallen

mußte unlängst sogar der Magistrat durch die von uns besprochene Notiz der Neuesten Nachrichten vom 23. Juni zugeben. Gebessert hat sich aber trotzdem nichts in den Verhältnissen. Am 6. Juli bekam eine Anzahl Arbeiter der Königlichen Gewehrfabrik schon 10 Minuten nach 12 Uhr in der Küche auf Langgarten kein Essen! Die Abweisung bedeutet natürlich viel mehr als einen zwecklos gemachten Weg. Auch der Magistrat sollte endlich einsehen, daß die Küchen keine beliebigen Geschäftsunternehmungen sondern durch eine Zwangslage geschaffene Schutzeinrichtungen wenigstens sein sollen. Die abgewiesenen Arbeiter stehen also meist vor der unangenehmen Aussicht, für den Tag überhaupt kein Mittag zu erhalten. Wie das auf die Arbeitskraft der in der Kriegsindustrie Beschäftigten wirken muß, bedarf nicht besonderer Phantasie. Wann wird man im Rathause endlich diese Frage mit Ernst und Nachdruck, wie in den andern deutschen Großstädten, die allerdings die Mitarbeit der Arbeiterorganisationen nicht systematisch ausgeschaltet haben, fördern?

Schul-Frühstück.

Die ernste Frage der Verteilung von Frühstück und Mittag an solche Schulkinder, denen die Armut der Eltern selbst diese notwendige Ernährung nicht geben kann, gehört amtlich gar nicht vor die Danziger Stadtverordnetenversammlung, weil die Verwaltung dieser Großstadt es bisher grundsätzlich abgelehnt hat, diese praktische Förderung der Schule und der Kinder zu übernehmen. Schließlich sind die Dinge aber doch gewaltiger als gewisse Standpunkte. Und so klopfen die Unterlassungen gerade dann an die Tür unseres Rathauses, wenn man es dort am wenigsten wünscht. In der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Juli machte der Magistrat davon Mitteilung, daß Frau Geheimrat Goldschmidt der Stadtgemeinde 25 000 Mark mit der Maßgabe vermacht habe, daß die Hälfte für das Feierabendhaus für Lehrerinnen verwendet werden solle. Ueber die anderen 12 500 Mark solle der Magistrat entscheiden. Stadtv. Glashagen wünschte, daß dieser Betrag für Frühstücksverteilung an arme Kinder gebraucht werden solle. Jetzt müßten viele Kinder wegen Mangel an Geld leider leer ausgehen. Oberbürgermeister Scholtz wollte den Vorschlag prüfen, erklärte jedoch sofort, daß er nicht zugeben könne, daß Kinder wegen Mangel an Geld kein Frühstück erhalten hätten. Der Magistrat habe dem Verein erklärt, daß er ihm das fehlende Geld geben werde. Stadtv. Glashagen erklärte demgegenüber, daß den Kindern in der Schule tatsächlich gesagt werde, daß nicht Geld genug für sie da sei. Auch die Inserate der Frau Bürgermeister Trampe, die dauernd um Geld bäten, bewiesen dies. Oberbürgermeister Scholtz erwiderte, das Vermächtnis sei nicht der geeignete Anlaß über diese Sache zu sprechen. Die Inserate bewiesen nicht, daß kein Geld da sei, sondern nur, daß es gegeben werden solle. Er bezweifele, daß der Verein kein Geld habe, weil der Magistrat es ihm doch eben geben wolle. Stadtv. Nitz erklärte gegenüber dem Oberbürgermeister, daß die Lehrer und Lehrerinnen die Bedürftigkeit so niedrig forderten, daß viel zu wenig Kinder Frühstück erhielten. Daher habe Glashagen in der Sache völlig Recht. Nun erwiderte Scholtz nichts mehr. Leider ist dies für die vielen Kinder, die nach den offiziellen Feststellungen des Vereins für Frühstücksverteilung, die Scholtz doch kennen müßte, ein schlechter Trost. Wenn die Stadt tatsächlich etwas für die Kinder tut, warum tut sie es dann verschleiert zur Förderung anscheinend privater Wohltätigkeit?!

Grobe Milchfälschung.

Die Rittergutsbesitzerin Käthe Winkelmann aus Schäferei bei Oliva, deren Ehemann im Felde steht, bewirtschaftet die beiden Güter Schäferei und Tuckum. Als am 13. Juni 1915 der Höchstpreis für Vollmilch auf 18 und später 20 Pfennig erhöht wurde, ließ sie die einfache Milch als Kindermilch in Oliva für 30 Pfennig verkaufen. Auf den Einspruch betrogener Käufer nannte sie die Milch einfach Flaschenmilch und nahm ruhig weiter den gemeingefährlich hohen Preis. Auf eine Anzeige stellte Kreisarzt Dr. Birnbacher fest, daß der Stall und sonstige Räumlichkeiten, in denen die Milch verarbeitet wurde, sehr unsauber waren. Die Strafkammer verurteilte die Rittergutsbesitzerin wegen Ueberschreitung des Höchstpreises und Verkaufs gesundheitsschädlicher Milch zu 200 Mark Geldstrafe. Die mitangeklagte Wirtin Groth wurde freigesprochen. Dem Staatsanwalt war die Strafe mit Recht zu niedrig. Auf seine Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf, weil ihm die Frage des Betruges nicht genügend geklärt schien. Bei der wiederholten Verhandlung beantragte der Staatsanwalt gegen die Winkelmann 500 Mark und die Wirtin 100 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer stellte fest, daß die Milch in unsauberen Flaschen geliefert wurde und daher für Kinder bedingt gesundheitsschädlich war. Die Bezeichnung Flaschenmilch zeige überhaupt keine bessere Qualität an. Trotzdem wurde die kluge Rittergutsbesitzerin nur zu 150 Mark und die Wirtin zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Hoffentlich versucht der Staatsanwalt noch einmal auf dem Wege der Revision dem schweren Vergehen zur angemessenen Sühne zu verhelfen. Die Sucht nach müheloſem Gewinn dürfte kaum jemals so leichtfertig mit dem Leben von Kindern gespielt haben, wie es diese „Dame" getan hat. Es wäre sehr wertvoll zu wissen, um wieviel ihr unsauberer Gewinn die Strafe überschritten hat.

* **Sammlung der Küchenabfälle in den größeren Städten.** Nach einer Verordnung des Bundesrats vom 26. Juni können in den Gemeinden von mehr als 40 000 Einwohnern durch Anordnung der Landeszentralbehörde mit Zustimmung des Reichskanzlers die Haushaltungsvorstände und die Inhaber und Leiter von gewerblichen und gemeinnützigen Betrieben verpflichtet werden, alle Speisereste und Küchenabfälle, soweit sie nicht zur menschlichen Ernährung dienen oder im eigenen Haushalt oder Betriebe verfüttert werden, vom übrigen Müll getrennt zu sammeln. Haus- und Grundeigentümer haben für Sammelgelegenheiten (Eimer mit Handgriffen) zu sorgen, die Gemeinde hat die gesammelten Abfälle dreimal wöchentlich abzuholen und an die Reichsgesellschaft für deutsches Milchkraftfutter, G. m. b. H. in Berlin abzuliefern. Die letztere ist zur Abnahme und zur Zahlung eines angemessenen Uebernahmepreises an die Gemeinden verpflichtet.

Städtisches.

Mehrere Wahlen für städtische Ehrenämter wurden von den Stadtverordneten am 4. Juli wieder in der bekannten Weise vorgenommen, daß man durchweg Angehörige der bessersituierten Kreise bestellte. Das Vertrauen, das der Reichskanzler durch den Krieg zum Volke gewonnen hat, findet auch am Schluß des zweiten Kriegsjahres im Danziger Rathause noch immer keinen Widerhall.

Den Feuerwehrleuten wurden wieder die sogenannten Ausgleichszulagen für privaten Nebenverdienst, den ihnen der Krieg entzogen hat, mit 10 Mark pro Monat auch für das zweite halbe Jahr 1916 bewilligt. Unser wiederholter Vorschlag, ihnen doch endlich diese 10 Mark zuzulegen und sie nicht länger auf Berücksichtigung durch die Bürger anzuweisen und sie damit noch zu Konkurrenten schwacher Arbeitskräfte zu machen, wurde nicht einmal erwähnt.

Die den städtischen Angestellten und Beamten bis zu 3000 Mark Jahreseinkommen gezahlten Teuerungszulagen wurden wieder bis zum 1. Oktober bewilligt.

Die Einrichtung elektrischer Beleuchtung will der Magistrat in der Weise fördern, daß er Hausbesitzern vorschußweise verzinsliche Beihilfen gewährt, die in 5 Jahren erstattet werden sollen. Für diesen Zweck forderte er zunächst 20 000 Mark, die von den Stadtverordneten auch bewilligt wurden. Dabei wurde aber nicht etwa angeregt, daß die Hausbesitzer wenigstens in einem gewissen Umfang gezwungen seien, diese städtisch erleichterten Anlagen Arbeitern und kleinen Leuten zugute kommen zu lassen. Stadtv. Burgmann befürchtet nur eine Schädigung der privaten Installateure, die natürlich in keiner Weise in Frage kommt.

Der rein bürgerlichen Bau- und Siedlungsgenossenschaft soll der Kaufpreis von 37 750 Mark statt für 6 Jahre nun auf 10 Jahre gestundet werden.

Der Kriegsausstellung, die im August und September hier veranstaltet wird, wurden 2000 Mark bewilligt.

Für die unständigen Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse wurden für das Jahr 1914: 6587 Mark, für 1915: 3958 Mark und für 1916: 4000 Mark bewilligt.

Für weitere Verbesserung der Einrichtungen des Stadttheaters, hauptsächlich für Verlegung des wirklich unzweckmäßigen Stehparterres, wurden 18 000 Mark nach sehr warmer Befürwortung durch Oberbürgermeister Scholtz bewilligt. Wir brauchen nicht zu versichern, für wie wertvoll wir ein ausgezeichnetes Theater halten. Die Wärme, mit der man vom Magistrat diese Bewilligung forderte und die Höhe des Betrages stehen jedoch in außerordentlichen Mißverhältnis zu der Art und den unbedeutenden Mitteln, mit denen dieselbe Stadtverwaltung die Wohnungsverhältnisse bessern will.

Städtische Teuerungszulagen.

Allen Arbeitern, Lehrern, Bureauhilfsarbeitern und Beamten, sie beschäftigt 1178 Arbeiter, hat die Stadt — Offenbach Teuerungszulagen im Gesamtbetrage von 178 000 Mark bewilligt. Gezahlt werden sie Ledigen bis 2400 Mark und Verheirateten bis 3000 Mark Jahreseinkommen. Ledige erhalten monatlich 6 Mark, Verheiratete ohne Kinder 12 Mark, Verheiratete mit 1 Kind bis 15 Jahren 15,50 Mark, steigend bis 8 Kinder 32 Mark.

Offenbach ist bei weitem keine Stadt, die in der Größe mit Danzig verglichen werden kann. Sie hat aber in der Stadtverordnetenversammlung eine sozialdemokratische Mehrheit.

Hundert Jahre Danziger Regierung. Seit dem 1. Juli 1866 besteht der Regierungbezirk Danzig selbständig. Das Jubiläum wurde von den Beamten durch eine Festansprache usw. begangen.

— **Die Stadt Breslau unterstützt das Arbeitersekretariat.** Der Magistrat in Breslau hatte der Stadtverordneten-Versammlung den Antrag unterbreitet, dem Arbeitersekretariat der Freien Gewerkschaften während des Krieges widerruflich eine Unterstützung von 1000 Mark jährlich zu gewähren. Die Stadtverordneten stimmten dem Antrage zu.

Die Revision des zum Tode verurteilten Paschkowski ist vom Reichsgericht verworfen worden. Sein Verteidiger berief sich mit Recht darauf, daß die Absicht der Tötung nicht nachgewiesen sei. Wir sind keine Freunde der Ersetzung des Rechtes durch Gnade. Bei der geistigen Verfassung des Täters, über die wir uns bei der Besprechung seiner Verurteilung eingehend äußerten, sollte jedoch auch dieses Mittel zum Schutze seines Lebens zur Anwendung kommen. Ueberdies sind wir aus prinzipiellen Gründen Gegner der Todesstrafe. Der Fall P. zeugt mehr als mancher andere gegen sie. Deshalb schon können wir nicht einsehen, wie die Danziger Zeitung im Banne uralter Rachegedanken von einer gerechten Sühne zu reden vermag.

Die Unterschlagungen des Rendanten Both

von der Technischen Hochschule sollen schon in der nächsten Schwurgerichtsperiode abgeurteilt werden. Ganz sicher ist dies deshalb nicht, weil noch immer nicht festgestellt werden konnte, welche Summe er unterschlagen hat. Fest steht nur, daß es mehr als 300 000 Mark sind! War es schon eigentümlich, daß Both seit mehr als 10 Jahren sein dunkles Treiben unentdeckt fortsetzen konnte, so gilt dies auch für die Schwierigkeit, seine Betrügereien festzustellen. In solchen Betrieben müssen doch in bestimmten Zeiträumen Prüfungen und Feststellungen der Werte erfolgen. Soll dies mit Rücksicht auf Both denn all die Jahre unterblieben sein?

Aus Westpreußen

Aus Ohras Gemeindehaus.

Die Gemeindevertretersitzung am 26. Juni beschäftigte sich zunächst mit einem Artikel der Volkswacht, der in sachlicher Weise Mißstände am Hinterwege an die Oeffentlichkeit zog. Daß dem dafür verantwortlichen Herrn Schwedler unser Artikel Mißbehagen verursachte, war vorauszusehen. Er nahm vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort und beschwerte sich über die Volkswacht, die ihn zum Eigentümer mache, wo er nur Pfleger des Grundstücks sei, und kein Geld

habe, um Reparaturen ausführen zu lassen. Interessant war seine weitere Mitteilung, daß er die Sache bereits in Ordnung gebracht hatte, ehe sein Sohn ihm die Zeitung brachte, in der er mit Staunen die Volkswacht erkannte. Wir freuen uns dieser angenehmen Fernwirkung und schenken Schwedler die reichlichen Schimpfereien wegen der Aufdeckung. Genosse Bäcker antwortete dem erregten Herrn sofort, daß die Volkswacht allen Grund gehabt habe, auf die Mißstände hinzuweisen. Auch Gemeindevorsteher Lind erkannte an, daß dort Mißstände bestanden. Da sie jetzt beseitigt seien, sei für ihn und die Gemeinde die Angelegenheit erledigt. Lind sprach dann über die Mehl- und Futtermittelverteilung. Er bestritt die im Umlauf befindlichen Gerüchte, die ihm nachsagten, daß er als Vermittler hohe Verdienste einheimse. Er erklärte, daß er als Privatperson mit der Lebensmittelbeschaffung und -verteilung nichts mehr zu schaffen haben wolle. Er habe eine Kommission gebildet, die gemeinschaftlich alle Ein- und Verkäufe zu regeln habe. Der sich daraus ergebende Ueberschuß solle nunmehr der Gemeindekasse zufließen. Nur den Mehlverkauf will Herr Lind als Privatperson weiter betreiben. Genosse Bäcker wünschte die Namen der Kommissionsmitglieder zu erfahren und freute sich, daß tatsächlich ein großer Verdienst aus dem Lebensmittelhandel von Lind erzielt sei. Dieser erwiderte, daß die Gemeinde auf keinen Fall übervorteilt worden sei. Nun sich die Verhältnisse aber so zugespitzt hätten, wolle er freundliches Entgegenkommen zeigen und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln der Kommission übertragen, die dafür verantwortlich sei. Odor erklärte, daß er aus der Kommission austrete, wenn sie die Verantwortung allein tragen solle. Lind erwiderte, daß er ebenfalls die Verantwortung übernehmen wolle. Zur Kommission gehören: Odor, Scharping, Hoppenrath und Kraatz. Warum Lind den Mehlhandel behalten will, konnte die Versammlung doch nicht erfahren! Das für ein Pfund Mehl seinerzeit 60 Pfg. bezahlt werden mußten, klärte Lind dahin auf, daß dieses Mehl für 50 Mark in Warschau gekauft wurde und im Kleinhandel nicht unter 60 Pfg. verkauft werden konnte. An Graupen, Gries und ähnlichen Nahrungsmitteln würden nach der Angabe Linds etwa 300 Mark im Jahre verdient. Odor meinte, daß ein Preisaufschlag von 1 bis 2 Mark notwendig sei, um die Unkosten zu decken. Genosse Bäcker bekämpfte den Zwischenhandel, der an der großen Teuerung schuld sei. Schwedler teilte mit, daß der Viehhandelsverband an Kälbern 11 Prozent und an Rindern 7 Prozent Nutzen habe. Odor will in der Kommission alle Uebelstände bekämpfen. Hoppenrath freute sich, daß in Ohra weniger Händler wegen Ueberschreitens der Höchstpreise bestraft werden als in Danzig. Ob in Ohra eine bessere Kontrolle herrscht, wurde leider nicht festgestellt.

Die Reparatur der Woltersdorfer Brücke wurde abgelehnt, weil sie sich nicht auf Gemeindeboden befindet.

Ein Antrag, einen Müllabladeplatz auf den zu Ohra gehörigen, etwa 1000 Morgen großen Wiesen zu errichten, wurde von Kraatz begründet und vom Genossen Bäcker scharf bekämpft. Er führte aus, daß mit dem Müllabladeplatz auch eine Fabrikstraße geschaffen werden müsse. Die Kosten der Pflasterung würden recht hohe sein. Dieses Geld solle man lieber zur Verbesserung verschiedener Wege in Ohra und Niederfeld benutzen. Dann hätte die Allgemeinheit einen Nutzen davon. Die Kultivierung der Wiesen käme nur ihren Besitzern zugute, die auf Gemeindekosten bereichert würden. Weiter zwinge der hohe Preis von 2500 bis 3000 Mark für den Morgen zur Ablehnung. Scharping sprach trotzdem für den Antrag und Philippien wollte, daß der Versuch gemacht werde, mit Danzig in Verbindung zu treten, um die Stadt zu veranlassen, auf den Ohraer Wiesen einen Müllabladeplatz zu schaffen. Gemeindevorsteher Lind äußerte einige Bedenken, war aber grundsätzlich für den Antrag. Die weitere Beratung des Antrages wurde einer Kommission, bestehend aus den Herren Kraatz, Scharping und Philippien, unter Ausschluß unserer Genossen, übertragen.

Der Elbinger Stadtratsposten.

In der Stadtverordnetensitzung am 30. Juni wurde offiziell davon Mitteilung gemacht, daß der zum Stadtrat gewählte bisherige sozialdemokratische Stadtverordnete Peter die Wahl mit der Begründung, daß er in der Ernährungsfrage mit seinen Genossen auseinandergehe, abgelehnt habe.

Man beschloß eigentümlicherweise, eine Neuwahl in diesem Jahre nicht mehr vorzunehmen. Die Wahlzeit laufe bereits Ende dieses Jahres ab, daher könne man im Dezember oder Januar wählen. Hoffentlich steckt hinter diesen Erwägungen nicht der Wunsch, die Sozialdemokratie bei der neuen Wahl auszuschalten.

Die Chemnitzer „Volksstimme" schreibt am 29. Juni, nach einem ihr aus Elbing zugegangenen Bericht, daß Peter sich zur Parteiminderheit zähle und offensichtlich durch den Parteistreit völlig verwirrt worden sei. Er habe in der Preisprüfungsstelle gegen die Einführung der Fleischkarte gewirkt und dann, ohne daß ihm jemand einen Vorwurf gemacht hätte, und ohne jede Verständigung mit andern Genossen sein Mandat niedergelegt. Auch die „Volksstimme" hofft, daß es den Elbinger Genossen gelingen möge, den durch Peter so leicht verscherzten Sitz im Magistrat wiederzuerlangen.

Zoppoter Kommunalreformen.

Am 21. Juni wurde der neugewählte zweite Bürgermeister Thurmann, bisher Magistratsassessor, vom ersten Bürgermeister Waldmann in sein neues Amt eingeführt. W. rühmte, daß der neue Bürgermeister sich um die Lebensmittelversorgung Zoppots verdient gemacht habe. Er werde aber bald in das Kassenwesen die seit einem Jahrzehnt entbehrte Ordnung zu bringen haben. Dazu gehöre ein starkes Rückgrat und gesunde Nerven. Er hoffe, daß Thurmann diese Kraft aufbringe, und daß nun in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung endlich der Friede einziehen möge. T. antwortete mit Bismarck: wir leben nicht auf der Welt, um glücklich zu sein, sondern um unsere Pflicht zu tun. — Wenn dem neuen Bürgermeister die ihm zugemutete Herkulesarbeit gelingt, daß er sich ein Denkmal verdient, wie es gewaltiger noch nicht gesetzt werden ist. Wer die kommunalen Verhältnisse Zoppots kennt, wird ihm restlos, ob der Größe der ihm gewordenen Aufgabe, bewundern müssen.

Die Undankbaren.

Wie wir dieser Tage meldeten, mußte der Landrat des Kreises Insterburg bekannt geben, daß verschiedene Besitzer sich dagegen gesträubt hätten, deutsche Soldaten zu landwirtschaftlichen Arbeiten anzunehmen, daß sie vielmehr russische Kriegsgefangene zu diesem Zwecke haben wollten. Hier geht der „Ostdeutschen Volkszeitung" von einem deutschen Krieger folgender Ratschlag zu, den das Insterburger Blatt als „vortrefflich passend" bezeichnet:

„Ich lese, vom Felde zurückgekehrt, das Inserat des Landrats. Ich empfinde Abscheu vor dieser Denkart, die einem solchen Verhalten zugrunde liegt. Vergessen diese Undankbaren jetzt schon, was sie alles den tapferen deutschen Soldaten zu verdanken haben? Wer rettete ihnen denn Heimat, Haus und Hof und alles, was einem teuer sein muß? Das waren doch die Feldgrauen, die in die häusliche Wirtschaft zur Arbeit aufzunehmen man sich jetzt sträubt. Ich wüßte ein Mittel und einen Weg, solche Undankbaren zur Vernunft zu bringen. Rein mit ihnen in die Arbeitsbataillone! Kann Leuten mit dieser Denkart noch länger der materielle Vorteil der Friedensbeschäftigung zuteil werden? Ich glaube nicht!"

Ob man dieser Anregung näher treten wird?

Deutsch-Eylau. Ungültige Stadtverordnetenwahl. Um die Anwendung des § 7 der Städteordnung handelte es sich bei einem interessanten Wahlstreit, den der Maurer- und Zimmermeister Wilke gegen die Stadtverordnetenversammlung von Deutsch-Eylau führte. Wilke war wegen Vergehens gegen § 329 des Strafgesetzbuchs unter Annahme von Fahrlässigkeit zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Dieser Paragraph betrifft die Nichterfüllung der mit einer Behörde geschlossenen Lieferungsverträge über Bedürfnisse des Heeres oder Marine zur Zeit eines Krieges. Für den Fall der Annahme von Vorsatz kann auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Herr Wilke hatte nun gegen seine Verurteilung wegen fahrlässiger Uebertretung der Bestimmungen ein Rechtsmittel eingelegt. Die Verhandlung darüber stand noch aus, als er am 4. November 1915 in Deutsch-Eylau zum Stadtverordneten gewählt wurde. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte seine Wahl für ungültig, indem sie sich auf folgende Bestimmung des § 7 der Städteordnung berief: „Ist gegen einen Bürger wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben muß oder kann, das Hauptverfahren eröffnet, oder ist derselbe zur gerichtlichen Haft gebracht, so ruht die Ausübung des ihm zustehenden Bürgerrechts solange, bis das Strafverfahren beendet ist." W. klagte gegen die Stadtverordnetenversammlung und verlangte die Gültigkeitserklärung seiner Wahl. Der Bezirksausschuß wies jedoch die Klage ab und erachtete ebenfalls die Wahl für ungültig. Gründe: Der § 7 der Städteordnung greife hier doch durch. Danach ruhe das Bürgerrecht, wenn ein Verfahren schwebe, in dem auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil des Bezirksausschusses. Gründe wurden nicht verkündet.

— **Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Petroleum** war Sonnabend vor der Thorner Berufungsstrafkammer der Großkaufmann Anton Rosochowicz angeklagt. Im vorigen Jahre hatte ihm der Reichskanzler bis zum 31. August die Genehmigung erteilt, für das aus Rumänien bezogene Petroleum einen höheren Verkaufspreis zu nehmen, als er von der Behörde festgesetzt war. In der Genehmigungserteilung war ausdrücklich bemerkt, daß eine Verlängerung der Frist unter keinen Umständen erfolgen würde. Dennoch versuchte Rosochowicz nach Ablauf des August eine weitere Genehmigung zu erlangen, ist aber auf seine Eingabe bis heute ohne Antwort geblieben. Da er bestimmt darauf rechnete, die Genehmigung zu erhalten, verkaufte er auch nach dem 31. August Petroleum zu höheren Preisen. Namentlich lieferte er solches an Landräte in den Provinzen Pommern und Posen für die Landbevölkerung in deren Kreisen. Durch einen Sachverständigen ist rechnerisch festgestellt worden, daß er **dadurch einen Reingewinn von 13 000 Mark erzielt hat.** Bei diesen Lieferungen hat Rosochowicz die Höchstpreise in 406 Fällen überschritten. Das Schöffengericht hatte diese als eine fortgesetzte Handlung angesehen und auf eine **Geldstrafe von 750 Mark erkannt!! Die Staatsanwaltschaft erachtete** die Strafe als viel zu gering, legte Berufung ein und beantragte in der Strafkammerverhandlung 5000 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer erachtete R. der Uebertretung der Höchstpreise in **406 einzelnen Fällen** schuldig, setzte für **jeden Fall 20 Mark** Geldstrafe ein und erkannte auf eine Geldstrafe von **8120 Mark.** — Da bleibt dem Händler von seinem Profit immer noch eine sehr schöne Summe übrig.

— Der Kreisausschuß in Briesen hat im Einvernehmen mit dem Vaterländischen Frauenverein die Einrichtung getroffen, daß bedürftigen Kriegerfamilien Mittagessen zum Preise von zehn Pfennig für die Portion in der Haushaltungsschule an jedem Werktage verabfolgt wird. Andere Personen zahlen 20 Pfennig für die Portion.

Putzig. Beim Baden ertranken in der Wiek die Kriegsfreiwilligen Heizer von unserer Flugstation Rahm und Barth, beide in der Nähe von Mannheim beheimatet. Die Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

Aus der Partei

Ludwig Frank als Verräter

In der Generalversammlung von Groß-Berlin wurde gegen den Genossen Ludwig Frank, weil er als Freiwilliger auf dem Schlachtfelde fiel, der Vorwurf des Parteiverrats erhoben. Diese Beschuldigung zeigt, wie tief die Kluft geworden ist, die jetzt in der Partei die Geister scheidet. Frank war für den Ausbau der sozialistischen Internationale und den Schutz des Weltfriedens unendlich mehr geleistet, als irgend ein Teilnehmer der Versammlung. Heute kann es gesagt werden, daß er der Schöpfer des Berner Friedenskongresses gewesen ist. Er war nicht der einzige, der als Freiwilliger für die Erhaltung seines Volkes in den Weltkrieg ging. Man mag über die Zweckmäßigkeit dieses Entschlusses denken, wie man will. Unanfechtbar steht, daß Frank und die übrigen Freiwilligen dem Gedanken folgten, daß sie nicht ruhig in der Heimat bleiben könnten, während Millionen ihrer Brüder draußen blutig litten.

Als Frank fiel, war die ganze Arbeiterwelt einig in der Trauer um den Verlust dieses Mannes. Nicht nur der Vorwärts, auch die Pariser Humanité widmete ihm Worte ehrenden Gedenkens. Seitdem ist aber eine neue Geistesrichtung in einem Teil der Partei aufgekommen, die entdeckt hat, daß das — von unseren alten Führern unzählige Male ausgesprochene — Bekenntnis zur Pflicht der Landesverteidigung krasser Prinzipienverrat ist, und die jeden brandmarkt und ächtet, der wie Frank zeigen will, „daß es uns mit unserem Bekenntnis zur Landesverteidigung ernst ist".

Im Herbst 1914 hätte jede Arbeiterversammlung, auch im radikalsten Viertel Berlins, das Wort vom „Verräter Frank" mit einem einstimmigen Schrei der Empörung beantwortet. Daß man es heute in einer Groß-Berliner Verbandsbeleg[ierten]-Versammlung widerspruchslos, sogar unter Beifall, aussprechen kann, zeigt einen gewissen Fortschritt, auf den die, die ihn gewollt haben, stolz sein mögen. **Hier hat sich eine Kluft nicht allein der Ueberzeugung, sondern auch des einfachsten menschlichen Empfindens aufgetan, über die kein Steg führt.**

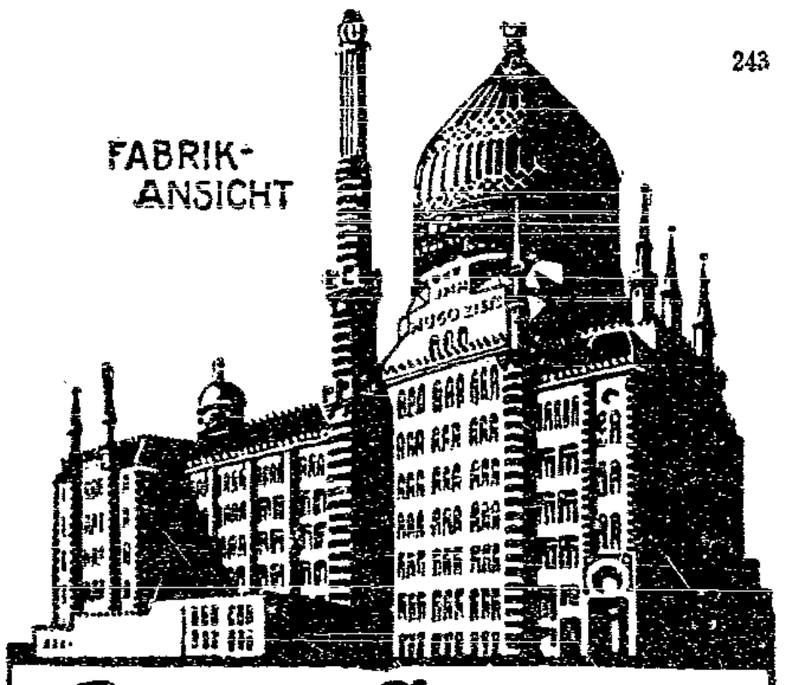
Am vorigen Mittwoch stand Liebknecht vor Gericht — nichts könnte uns in diesem Augenblick bewegen, ein Wort gegen ihn zu sagen. Er ist ein ehrlicher Mensch, der mit seiner Persönlichkeit für seine — nach unserer Ueberzeugung — verhängnisvolle falsche Politik eintritt; an dem Treiben seiner Anhänger trägt er keine bewußte Schuld. Aber sie, die Liebknecht verherrlichen, haben keine Gerechtigkeit für jene anderen, die mit gleicher Ueberzeugungstreue und unter nicht geringeren Gefahren für das eintreten, was sie in dieser furchtbar schweren Zeit als das beste für die Arbeiterklasse zu erkennen glauben. Ihr Verketzerungseifer macht selbst vor Gräbern nicht halt.

— **Mordversuch gegen Genossen Heinzmann.** Zu diesem von uns schon kurz gemeldeten blutigen Vorfall berichtet die „Münchener Post" ausführlich: Die Unruhen auf dem Marienplatz in München waren der Anlaß einer Bluttat, deren Opfer Gemeindebevollmächtigter Genosse Xaver Heinzmann wurde. Heinzmann wartete am Sonntag vormittag 11 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle Reichenbachstraße—Rumfordstraße auf die Straßenbahn. Die Umstehenden unterhielten sich über die Vorfälle und Heinzmann hörte, wie ein Mann über den Magistrat schimpfte und unter anderem erklärte: Im Magistrat sitzen lauter Lumpen. Heinzmann, der eben einsteigen wollte, wandte sich gegen diesen Mann, verbat sich unter Berufung auf seine Eigenschaft als Gemeindebevollmächtigter eine solche Beschimpfung und erklärte, der Magistrat habe es an nichts fehlen lassen, um die Lebensmittelversorgung zu regeln. Der Mann, es war der an der Müllerstraße 12 wohnhafte Zigarrengeschäftsinhaber Michael Linsmair, schimpfte aber weiter, weshalb Heinzmann ihn ersuchte, er solle seinen Namen angeben. Linsmair antwortete, wenn Heinzmann den Namen wissen wolle, so solle er nur mit ihm gehen. Heinzmann ging mit. Beim Anwesen Rumfordstraße 13 trat Linsmair in den Hausgang, Heinzmann folgte, und hier stieß Linsmair dem Heinzmann ein Stilett in die rechte Seite des Unterleibes. Heinzmann brach zusammen. Die Rettungsgesellschaft brachte den Verletzten in die Chirurgische Klinik. Nach Mitteilung der Klinik ist die Verletzung schwer, doch besteht zunächst keine Lebensgefahr. Heinzmann ist aber noch nicht vernehmungsfähig. Der Polizeiwachtmeister Stocker wollte nach der Tat dem Linsmair das Stilett entwinden, verletzte sich aber dabei selbst an der Hand. Linsmair wurde dann verhaftet, leistete aber dabei erheblichen Widerstand. Das Schicksal Heinzmanns, der in weiten Kreisen bekannt und beliebt ist, wird sehr bedauert.

Literatur

— **Arbeiter-Jugend.** Die soeben erschienene Nummer 14 des achten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Des Uebels Wurzel (Schluß.) — Die Philister. Gedicht von Leopold Jacoby. — Die Wunder des Aehrenfeldes. Von Heinz Welten. — Brüderchen. Von Karl Busse. — Das Teufelsmoor. Von Jürgen Brand. (Mit Abbildungen.) — Mein Leben. Gedicht von Hermann Hesse. — Der Verwaist. Von B. Sommer. — Aus der Jugendbewegung.

243



Salem Aleikum
(Hohlmundstück)
Salem Gold
(Goldmundstück)
Zigaretten.
Etwas für Sie!
Preis: Nr 3½ 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pf. d. Stück
einschließlich Kriegsaufschlag.
Oriental. Tabaku Cigaretten-Fabrik „Yenidze" Dresden
Inh. Hugo Zietz Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen
Trustfrei!

meinde hatte 400 Kilogramm Räucherwaren verschwiegen. Insgesamt wurden nachträglich angemeldet:

325 Zentner Räucherwaren,
2400 Zentner Getreide,
442 Zentner Kartoffeln,
60 Zentner Zucker,
21 Zentner Kaffee und Tee.

Zweifellos ist das noch lange nicht der gesamte Hamstervorrat und hoffentlich folgt dem ersten Appell des Landrats jetzt die Hausluchung und Beschlagnahme. Die Feststellung und Beschlagnahme der Vorräte wäre überall notwendig.

Wegen vorsätzlichen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz ist der Schlächtermeister Ernst Müller aus Berlin vom Schöffengericht Berlin Mitte zu **sechs Monaten Gefängnis** verurteilt worden, weil infolge von Klagen aus dem Publikum eine Besichtigung seiner Geschäftsräume durch den Tierarzt das Vorhandensein schlecht gewordener und für die menschliche Nahrung nicht geeigneter Fleischbestände festgestellt hatte. Im einzelnen handelt es sich um verdorbenen Speck und um zu Leberwürsten verarbeitete verdorbene Leber.

Danziger Nachrichten

Sonne.

Steh, ihre goldenen Pforten
öffnet sie strahlend weit:
Leben und Licht zu spenden,
Dieser Unendlichkeit.

Die langen, düsteren Tage müssen endlich wieder helleren weichen, nach so viel Kälte und Regen wieder Glanz und Glut und Leuchten. Die Wolkenmassen, die über uns lasteten, sind im Strahlenkranz der Sonne erbleicht, verdunstet. Nichts mehr trübt den Blick, der hinausschweift ins unermeßliche Blau und den nur wieder Blau und wieder Sonne im Bann erhält. Nun schlagen die Herzen rascher, die Sorgen werden leichter und Wärme und Wohlsein atmet Mensch und Natur. Die Hühner graben sich ein im heißen Sand; in den Sümpfen werden Froschkonzerte laut und der Kuckuck ruft durch den Wald. Auf feuchtmodrigem Waldboden spielen blanke, zitternde Lichter, darunter erwacht emsig junges Leben. Ganze Feuerströme saugen sich fest in die regengesättigte Ackererde, trocknen die Wiesen, die üppig und überreif stehen. Da verdoppelt der Landmann seinen Arbeitseifer. Mancher Urlauber verbringt da draußen seine Zeit, oft nur einen Sonntag, frühmorgens mit Mähen, mittags mit Wenden und abends mit Einfahren. Aber die Frauen sind es jetzt vor allem, die im prallen Sonnenschein, Gesicht und Arme braun gebrannt, die Arbeit auf sich nehmen. Eine Freude ist es, so im Zuge vorbeizufahren, die vielen Heuhaufen auf der Wiese, den Erntewagen mitten drin und ringsum wogendes Getreide. Herber, würziger Geruch weht überall. Bis nach Sonnenuntergang hört man die Schnitter im Feld, während eine einsame Lerche hoch über ihnen ihr letztes Lied versingt.

In den Gärten aber sind die Tage der Rosen. Die roten, gelben und weißen Knospen warten nur auf Sonne, um sich in wundersamen Farben und Formen zu entfalten und ihren sinnverwirrenden Hauch den schmeichelnden Lüften anzuvertrauen. In leuchtend weißer Schönheit bleicht daneben der süß duftende Jasmin und nicht lange mehr, dann öffnet sich die liebliche Lindenblüte. Sie schließt als letzte den Frühlingsreigen, indes die Rosen des Sommers Glut und Schwere teilen und überdauern.

Kurtheater in Zoppot.

Die Erwartungen, die man wegen der Gestaltung und künstlerischen Durchführung des Spielplanes hegen konnte, sind erfreulicherweise keine Ankündigungen geblieben. Kühn und glücklich griff die Direktion Normann gleich zu Anfang zu dem neuen Sudermann: Die gutgeschnittene Ecke. Der Dichter zeichnet keineswegs bloß, wie bürgerliche Blätter meinen, das rücksichtslose Bauspekulantentum, das keine andern Ziele als seine Bereicherung kennt. Er umreißt mit treffsicherer Satire vielmehr das Treiben aller jener edlen Volksfreunde, denen in der Kommunalpolitik und auf andern gemeinnützigen Gebieten Allgemeinwohl und Volksbeglückung nur Phrasen sind, hinter denen sich ihre blutige Interessenreiterei versteckt. So richtig hat Sudermann seine Leute gesehen, daß man sich in dem Stück, besonders in Zoppot und Danzig, wie zu Hause fühlt. Klassisch dargestellt ist von ihm der smarte Grundstücksschwindler Dönsch, der das ganze Jahr über wegen seiner profitablen Ernte nicht aus dem Lachen und d. brutalen Menschenverachtung herauskommt. Richtig beurteilt sind auch die Führer der bürgerlichen Gruppen in der Stadtverordnetenversammlung von H. Der etwas unnatürlich sentimentale liberale Führer geht an der ihm reichlich zugeschriebenen Weltunkenntnis und im erfolglosen Kampf gegen die geriebene Geschäftstüchtigkeit des konservativen Mittelstandsführers zu Grunde. Erfreulich ist, daß die sozialdemokratische Gruppe, deren Wirken nur angedeutet wird, in dem Ränkespiel der bürgerlichen Interessenjagd das öffentliche Interesse charaktervoll schützt. Der kunstbegeisterte Weyhrauch, der nur Idealismus und begnadete Künstlerinnen verehrt, ist allein schon das Stück wert. Dabei beabsichtigen wir keinen lokalpatriotischen Ausblick nach seinem lebenden Gegenstück. Der Bühnenstern v. Jaschinska ist nicht nur vom Dichter als illusionsfreie Weltkennerin ausgestattet, sondern wird auch von Frl. Bohlmann mustergültig verkörpert. Der letzte Akt ist in seiner zu reichlich sentimentalen Unglaublichkeit die Schwäche des Stückes. Es kann aber den ausgezeichneten Gesamteindruck nicht verringern. Die Darstellung war in persönlicher Hinsicht lobenswert.

Wintergarten.

Auch der diesmalige Programmwechsel brachte für die erste Julihälfte angenehme Ueberraschungen. Die glänzendsten Bilder bieten dem Auge die gewandten Gestalten der 6 Rollschuhläuferinnen der Kaufmannstruppe. In kleidsamen Kostümen und elastischer Beherrschung ihrer stählernen Flügelräder zeichnen sie die kühnsten Figuren. Geschmackvolle Gewandtheit betätigen sie in selten gesehener Vollendung. Die Schwestern Christian leisten Ueberraschungen am Doppeltrapez. Die frappierenden Sturzleistungen dürften ihnen schwer nachgeahmt werden. Die drei Harros, zwei Damen und ein Herr, bringen schwierige akrobatische Neuheiten. Die beiden Damen entwickeln mit eleganter Leichtigkeit eine Kraft, die erstaunlich ist. In dem Herrn stellt sich ein Meister ungewöhnlicher Kraft vor, der schließlich seine beiden Partnerinnen mit einem Arm von der Bühne trägt. Die beiden Grazellas leisten auf dem schlaffen Drahtseil Gediegenes. Als humoristischer Zaubertünstler zeigt Paul Lindemann überraschende Neuheiten in gewandter Ausführung. Den größten Lacherfolg erntet wohlverdientermaßen der Parodist Max Marzelli. Sein urgewachsener und ganz ungekünstelter Humor bringt ihm, neben ausgezeichneter Beherrschung ungewöhnlicher Instrumente und einer ebenso eigenartigen Tanzmeisterschaft, immer wieder einsetzenden stürmischen Beifall. Mieze Hausmann ist den Danzigern auch vom Stadttheater nicht unbekannt. Sie gibt politische Betrachtungen über die Rollen der Feinde Deutschlands in nicht übler Karikierung. Ihr Höllenkabarett ist nicht mehr unbekannt, aber trotzdem erfolgsicher. Die beiden Lanzigs zeigen ihre Kunst des Gedankenlesens mit derselben Sicherheit und Gewandtheit, vielleicht unterließ dabei etwas zu viel Geschäftsreklame, wie wir bereits hervorgehoben haben. Die durchweg auf der Höhe einer modernen Bühne stehenden Darbietungen werden von der exakt arbeitenden Kapelle, die von Herrn Buhlig mit Sicherheit geleitet wird, mit guter Musik begleitet.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß an jedem Sonntag, nachmittags ½4 Uhr, eine besondere Vorstellung mit ermäßigten Preisen bei Vorführung des lückenlosen Abendprogramms geboten wird.

Der Zirkus Blumenfeld

gibt seit dem 2. Juli auf dem Exerzierplatz am Karrenwall Vorstellungen. Das Unternehmen erfreut sich eines seit Jahren bewiesenen ausgezeichneten Rufes. Auch jetzt steht es in seinen Vorführungen durchaus auf der Höhe. Dabei hat der Krieg kaum an einer anderen Stelle so einschneidend gewirkt, wie im Zirkus. Tiere und Künstler sind von ihm in gleichem Maße mit Beschlag belegt worden. Umso wertvoller ist das Streben der Direktion, dem Publikum trotz all dieser Schwierigkeiten Wertvolles und sogar Neues zu bieten. Wir können den Besuch aus bester Ueberzeugung empfehlen.

Kulturbilder in der Sporthalle

nannten sich Veranstaltungen, die vom 1. bis 3. Juli von Herrn A. Ehmer zum Besten des Roten Kreuzes aufgeführt wurden. Der Titel war erheblich stolzer gewählt, als berechtigt war. Der erste Teil des Programms brachte in der Hauptsache verschiedene Reigen von über 100 Herren und Damen in buntfarbigen Kostümen. Das Massenaufgebot an Farbe, Jugend und Bewegung war nicht übel. Im großen ganzen trug die Veranstaltung aber einen mehr familiären als künstlerischen Eindruck. Vom zweiten Teil kann man objektiv nicht höher urteilen. Frl. Lazarett, Leipzig, hatte sich mit der Arie der Elisabeth aus Tannhäuser eine gesangliche Leistung zugemutet, der sie, namentlich in der Höhe, nicht gewachsen war. Besser brachte Frl. Edelhoff, Bremen, die Pagen-Arie von Meyerbeer. Ihr Organ klang angenehm und hielt auch tapfer die Höhe. Die übrigen Punkte des Programms genügten einer Abendunterhaltung. Will man die Bezeichnung Kulturbilder für die Gesamtaufführung beibehalten, so wäre das höchstens in dem Sinne zulässig, daß sie zeigen sollen, wie künstlerische Kultur nach dem Kriege nicht sein soll.

Die Kleiderkarte kommt!

Es ist eine Eigentümlichkeit dieses Krieges, daß man, je länger er dauert, um so weniger sagen kann, wann er zu Ende geht. Als im August 1914 Millionen von ihren Lieben Abschied nahmen, da war es stillschweigende Voraussetzung, daß man im Oktober ganz sicher aber Weihnachten wieder zurück sei. Heute, nach fast zwei Jahren, kann niemand bestimmt sagen, wann das Völkermorden zu Ende sein wird.

Die Regierung hat nun Maßnahmen zur Einteilung unserer Kleider- und Wäschevorräte getroffen. Durch Verordnung vom 10. Juni dieses Jahres wird der Verkehr mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die Bevölkerung in einschneidender Weise geregelt. Sämtliche Gewerbetreibende des Großhandels, Kleinhandels, sowie der Maßschneiderei sind verpflichtet, sofort eine Inventur aufzunehmen und sie dürfen erst nach Abschluß dieser Inventur bis höchstens 20 Prozent ihrer Vorräte bis zum 1. August verkaufen. Nach dem 1. August darf nur noch gegen Bezugsschein verkauft werden. Wer diese Bezugsscheine ausstellt und nach welchen Grundsätzen dabei verfahren wird, ist vorläufig noch ungeklärt. Soviel ist aber schon vorauszusehen, daß die Arbeiterfrau, die seither schon Stunden für die Erlangung der nötigsten Lebensmittel vertrödeln mußte, in Zukunft auch noch viel Schererei und Lauferei wegen der notwendigsten Kleidungsstücke haben wird.

Wir sagen ausdrücklich die Arbeiterfrau, denn durch eine sogenannte Freiliste ist der Bedarf für die reichen Leute fast vollständig freigegeben. Freigegeben sind u. a.:

> Stoffe aus Seide und Halbseide, baumwollene Damenstrümpfe unter 750 Gramm das Dutzend, baumwollene Herrensocken unter 450 Gramm das Dutzend, Bänder, Kordel, Schnüre, Litzen, Hosenträger, Strumpfbänder, Spitzen, Schleier, Vorhänge, wollene Damenkleiderstoffe über 10 Mark der Meter, Herrenstoffe über 14 Mark der Meter, die höheren Preislagen der fertigen Herren- und Damengarderobe, z. B. Sackanzüge über 60 Mark, Jackenkleider über 80 Mark, Damenhemden über 6,50 Mark, Herrenhemden über 7 Mark, Taschentücher, Säuglingswäsche, Kragen, Krawatten, seidene Schuhe usw.

Schon dieser kurze Auszug zeigt, daß wiederum nur halbe Arbeit gemacht wurde und man sorgfältig darauf bedacht war, daß die „gnädige Frau" und die sogenannten besseren Herren nicht in ihrer Bequemlichkeit gestört werden. Und doch wäre es gerade im Interesse einer baldigen Beendigung des Krieges notwendig, daß auch diese Kreise einmal das „Durchhalten" lernen würden. Man könnte dann vielleicht die Beobachtung machen, daß auch bei diesen Leuten eine große Friedenssehnsucht langsam wach wird. Der Kleiderkarte müßte unseres Erachtens die Schuhkarte auf dem Fuße folgen, denn wer die Vorgänge auf dem Ledermarkt verfolgt, weiß, daß auch eine Einteilung unserer Ledererzeugnisse umgehend nötig erscheint.

Die Bessersituierten sind von der Kleiderkarte sehr wenig erbaut. Dem maßgebenden Berliner Fachblatt Konfektionär wurde auf eine Anfrage aus der Damenwäsche-Industrie, geantwortet:

> Die Damen der besseren Gesellschaftskreise werden in Zukunft ganz zweifellos fast ausschließlich Wäsche kaufen, für die sie einen Bezugsschein nicht nötig haben. Es ist ja immerhin für viele Damen etwas peinlich, sich für „intime" Bekleidungsgegenstände, wie z. B. Beinkleider oder Nachthemden, erst von einer Kommission einen Bezugsschein geben zu lassen und sich evtl. über die Notwendigkeit der Anschaffung solcher Kleidungsstücke ausweisen zu müssen. . .

Mit Verlaub: Warum ist das nur für die Damen der „besseren Gesellschaftskreise" peinlich? Warum soll die Arbeiterfrau und die Frau eines Beamten erst vor irgendeiner Behörde Rede und Antwort stehen, ob sie „intime" Kleidungsstücke auch wirklich braucht, während die reich gewordene Viehhändlersgattin nur drauflos kaufen kann?

Warum soll dem reichen Muttersohn gestattet sein, einen Modeanzug nach dem andern zu kaufen, sofern er nur „mehr als 60 Mark" dafür anlegen kann, während der Arbeiter unter Umständen erst den Nachweis der Notwendigkeit der Anschaffung bringen muß, wenn er eine Arbeitshose braucht?

Die Verordnung mit ihrer Freiliste ist nicht geeignet, wesentliche Streckung der Vorräte zu erzielen. Wohl aber kann sie eine Streckung des Mißmutes erreichen, der nicht beabsichtigt und sicher für alle Seiten höchst unerwünscht wäre.

Werden tiefeinschneidende Einschränkungen in der Lebenshaltung und in der Bekleidung getroffen, dann müssen alle — ob reich oder arm — gleichmäßig darunter leiden! Geht Not an Mann, dann bitte Beschlagnahme und gleichmäßige Verteilung, ohne Rücksicht darauf, ob „gnädige" Frau in der nächsten Zeit noch Spitzenhöschen tragen kann oder nicht! Auch der reiche Mann braucht nicht soviel Wechselanzüge, wenn schon gespart werden muß.

Die Forderungen der sozialdemokratischen Frauen,

die wir in der Nr. 22 am 3. Juni veröffentlichten, und die eine Reihe Forderungen an die Stadt zur Lebensmittelversorgung richteten, beschäftigten die Stadtverordneten am 4. Juli. Stadtv. Borschke, Sekretär der Landesversicherungsanstalt Westpreußen, beantragte leider nur die Ueberweisung als Material an den Magistrat. Zur Begründung meinte er in der bei den Bürgerlichen üblichen Weise, daß, wenn er auch nicht alle Punkte der Eingabe übernehme, er doch andere für notwendig halte. Die Höchstpreise für Eier vertrete er nicht, denn dann würden überhaupt keine Eier mehr zu haben sein. Solche Anschauungen dürften die Eierwucherer mit großem Vergnügen genießen. Auch andere Punkte seien für ihn nicht diskutierbar. Andere aber auch sehr beachtenswert. Dies gelte besonders für die falsche Einteilung der Lebensmittelhefte. Jetzt erhalte 1 Person genau so viel wie 4, und 5 soviel wie 8. Eine zweckmäßigere Bemessung sei unbedingt geboten. Auch die Einrichtung eines städtischen Untersuchungsamtes sei sehr gut, jetzt jedoch wegen Mangel an Beamten schwer durchführbar. (Danzig scheint demnach die Stadt der unbegrenzten Unmöglichkeiten zu sein. Red. V.) Die geforderte Herabsetzung für Flundern und Fische sei wohl nicht ernst zu nehmen. Die Volkswacht habe selbst berichtet, daß auf dem Verbandstage der Bürgervereine von einem Redner gesagt wurde, die Fischer in Neufahrwasser hätten wegen der zu niedrigen Preise den Betrieb eingestellt. (Wie diese Berufung auf die Volkswacht die Forderung billiger Fische widerlegen soll, bleibt uns unerfindlich. Zunächst haben nicht die Fischer in Neufahrwasser, sondern nach der Behauptung eines Bürgervereinsredners nur 5 und 6 ihr Interesse höher als die Not der Volksgenossen gestellt. Zugleich haben die Fischer in Hela und Kußfeld, die die Hauptmenge der Danziger Fische liefern, sich gegen die Erhöhung des Höchstpreises von 30 Pfennig für das Pfund Flundern ausgesprochen. Schließlich steht auf alle Fälle das Interesse des Volkes höher, als das einer Berufsschicht. Sollten die Fischer in größerem Maße den Fischfang ablehnen, so dürfte das nicht etwa, nach Auffassung des Herrn Dr. Grünspan, als menschlich hingenommen werden. Die Stadt müßte dann einfach in eigener Regie fischen lassen. Wenn ihre Grundsätze oder andere Momente die Stadtverwaltung daran hindern, so würde gewiß die Militärbehörde sehr gern praktisch beweisen, daß das Volkswohl und nicht irgend ein Privatinteresse das höchste Gesetz sein muß. Wir sind übrigens maßlos erstaunt, daß die Neuesten Nachrichten es in ihrem Bericht fertig bringen, den Redner aussprechen zu lassen, daß die Anträge der sozialdemokratischen Frauen im Gegensatz zum Standpunkt der Volkswacht stehen. Die Neuesten Nachrichten behaupten, daß Borschke gesagt habe: Die Frage der Herabsetzung der Fischpreise sei in der Eingabe garnicht ernst zu nehmen, denn in der dem Verein nahestehenden Zeitung finde man eine andere Darlegung. Unter Hinweis auf unsere vorstehenden Ausführungen stellen wir fest, daß Borschke so weder im Wortlaut noch inhaltlich gesprochen hat. Red. V.) 30 Pfennig sei ein so angemessener Preis für das Pfund Flundern, daß jeder ihn zahlen könne. Die Antragsteller könnten selbst nicht wollen, daß die Fischer durch Verschleuderung geschädigt würden. Die gleichfalls verlangte Erhöhung der baren Armenunterstützungen halte er für so selbstverständlich, daß sie der Magistrat nach seiner Ueberzeugung schon ohne diesen Antrag ausgeführt habe. Borschke ist, wenn wir nicht irren, Bodenreformer und Angehöriger des Danziger Mietervereins. Um so auffälliger war, als er bemerkte, der Bau von Wohnungen für kinderreiche Familien liege dem Magistrat so wenig ob, wie die Beschaffung von Kleiderstoffen! Die Erhöhung der Straßenbahnpreise würde niemand für richtig halten, mit dieser Frage werde man sich aber in einer nächsten Sitzung beschäftigen. Stadtv. Lange erklärte, daß er im großen und ganzen auf dem Boden der Eingabe stehe und sich im übrigen Borschke anschließe. Die hohen Eierpreise seien dadurch verursacht, daß die Eier von Konservierungsanstalten aufgekauft würden, wie dies im vorigen Jahre mit dem Fleisch durch die Konservenfabriken geschehen sei. Wahrscheinlich wolle man den Eierpreis im Winter noch höher treiben. Der Ablieferungszwang für Flundern und Seefische an die Stadt habe die seltsame Wirkung, daß der Magistrat nur die kleinen Flundern, die man als Katzenflundern bezeichne und von denen nach Fortfall von Kopf und Schwanz nicht viel übrig bleibe, erhalte. Die größeren Flundern wanderten in die Räuchereien! Stadtv. v. Brzezinski meinte, daß

die Fischer ihren Anteil an Flundern dem Magistrat in allen Größen abtieferten. Die Hausfrauen klagten in letzter Zeit aber über zu kleine Fische. 30 Pfennig für das Pfund Flundern sei angemessen. Die Frauen wünschten aber selber, daß die größeren Flundern teurer werden sollten. Die Preisprüfungsstelle werde sich in nächster Zeit damit beschäftigen. (v. Przegitzki behauptete ganz unrichtig, daß die Hausfrauen selber wünschen, daß größere Flundern mehr als 30 Pfennig kosten sollen. Sie sind in Wahrheit darüber entrüstet, daß ihnen für diesen nicht billigen Preis die Katzenflundern, von denen Lange sprach, geliefert werden. Die von v. B. angekündigte Preiserhöhung für Flundern überrascht um so mehr, als Dr. Grünspan sie auf dem Verbandstage der Bürgervereine durchaus in Abrede gestellt hat! Red. V.) Stadtv. Habel wünschte billige Fische, weil man mit der großen Masse rechnen müsse. Mit den Eiern werde nach seiner Ueberzeugung förmlicher Wucher getrieben. Im Frieden kostete die Mandel 1,50 Mark. Jetzt müsse der unverschämte Preis von 4,20 Mark gezahlt werden. Der Magistrat solle von der Regierung einen Einheitspreis fordern. Der Eierpreis sei um so ungeheuerlicher, als die Hühner sich im Frühjahr allein ernährten und keine Futterkosten entständen. Stadtv. Brunzen verteidigte die Landwirte gegen die Beschuldigung des Eierwuchers mit der Behauptung, daß die Preise künstlich durch die Konservierungsanstalten hochgetrieben würden. Sanitätsrat Dr. Blevin war darüber erstaunt, daß der Magistrat zu diesen wichtigen Fragen nichts sage. Nun erst nahm Oberbürgermeister Scholtz das Wort und meinte, es ständen Leute auf dem Standpunkt, daß die Eier bei Festsetzung von Höchstpreisen verschwinden würden und es sei jetzt ja alles möglich. Die Lebensmittelhefte seien nur provisorisch in der bisherigen Art eingeführt! Die Sache mußte sich, wie jede andere, erst einlaufen; der Magistrat prüfe sie jetzt und sei dabei, Aenderungen zu beraten. Bis zum 13. Juni hatte die Stadt, mit Einschluß des Getreides, einen Umsatz an Waren von 13 680 000 Mark. Dieser Betrag zerfiel in 2 Millionen Mark für Lebensmittel usw., 880 000 Mark für Fleisch, 7 200 000 Mark für Getreide und Mehl, 1,5 Mill. Mark für Kartoffeln und 1,5 Millionen Mark für Futtermittel. (Wie diese Zahlen zu beurteilen sind, war aus der Rede mindestens nicht klar ersichtlich. Darum halten wir es für notwendig, darauf aufmerksam zu machen, daß es sich keineswegs etwa um städtisch abgegebene Lebensmittel dieses Wertes handelt. Scholtz machte auch schon selber darauf aufmerksam, daß die 13½ Millionen Mark den Wert des Getreides und des Mehles mit 7½ Millionen Mark enthalten. Die Ziffern des Wertes der Lebensmittel, die die Stadt in Erfüllung der Kriegsfürsorge der Bevölkerung abgegeben hat, hat der Oberbürgermeister nicht genannt. Red. V.) Mit diesen Ausführungen war die Rednerliste erschöpft. Von den Stadtverordneten, die sich Arbeiter-Vertreter nennen und von denen Nitz, Glashagen und Heinrich anwesend waren, hatte zu dieser überaus wichtigen Frage niemand das Wort genommen. Mit allen gegen die Stimmen der Stadtverordneten Schade, Burgmann, Bauer und einiger anderen wurde die Ueberweisung als Material an den Magistrat beschlossen.

Danzig. Unterschlagung. Der Handlungsgehilfe P. J. aus Danzig war angeklagt, 482½ Mark fremde Gelder unterschlagen zu haben. Er hatte sich vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die Summe hat der Angeklagte in etwa einem halben Jahre mit anderen Kameraden verkneipt. Das Gericht verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

Speisehalle Dominikswall. Wir verurteilen es mit Ihnen, wenn der Hauswirt, Reg.-Baumeister Adam, gegen Besucher rigoros vorgehen sollte. Sie, als entlassener Krieger, sollten uns doch aber ungescheut den Namen nennen. Andernfalls können wir den Fall ja nicht prüfen.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bertel, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Danzig, Karrenwall!

Welt-berühmter **Zirkus Blumenfeld**

Täglich 8¼ abends

Große Vorstellung

Sonnabend, Sonntag, Mittwoch stets

2 Vorstellungen

4 Uhr. 8¼ Uhr.

In allen Vorstellungen:

Geschw. Blumenfelds Meisterdressuren. — Lorch-Reiter-Truppe. — 5 Marnos, Schleuderbrett-Akrobaten. 2 Brauns, Mus.-Akt. Rositas Hunde. — Frl. Pias Drahtseilakt. Strassburgers Elefanten-Dressur: Peter, Zander, Polly, Männe, die besten Spaßmacher. — Wiener Walzer-Ballett.

Zum ersten Male:

3 Schwestern Maley

:: Leiter-Akt, und die übrigen Glanznummern ::

Vorverkauf: Zigarr.-Haus **Gebr. Wetzel**, Langgasse, Ecke Gr. Wollwebergasse. Telephon 3052.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird hiermit für den gesamten Befehlsbereich des stellvertretenden XVII. Armeekorps verboten,

daß Personen, die nicht Rechtsanwälte oder bei dem Gericht zugelassen sind, gegen Entgelt Gesuche für Kriegsbeschädigte zur Verfolgung von Rentenansprüchen, zur Erlangung von Unterstützungen oder des Anstellungsscheins abfassen.

Zuwiderhandlungen sind gemäß § 9b Ges. vom 4. 6. 51 über den Belagerungszustand und § 1 Ges. vom 11. 12. 15 mit Gefängnis bis zu 1 Jahr, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft.

Danzig, Graudenz, Thorn, Kulm, Marienburg,
den 28. 6. 1916.

Der kommandierende General.
gez. Wagner, Generalleutnant.

Der Gouverneur der Festung Graudenz.
J. V. gez. v. Hennigs, Generalleutnant.

Der Gouverneur der Festung Thorn.
gez. v. Dickhuth-Harrach, Generalleutnant.

Der Kommandant der Festung Danzig.
gez. v. Pfuel, Generalmajor.

Der Kommandant der Festung Kulm.
gez. v. Bönau, Generalmajor.

Der Kommandant der Festung Marienburg. 237
gez. Frhr. v. Rechenberg, Generalmajor.

Bekanntmachung.

Das Schächtverbot vom 10. Juni 1916 wird aufgehoben.

Danzig, den 30. Juni 1916.

Der Kommandant der Festung Danzig.
J. V. **Pohl**, Generalmajor. 236

Nähmaschinen!
Neue und gebrauchte.
Fahrräder
Zubehör und Ersatzteile.
Sprechmaschinen
Schallplatten :: Taschenlampen Batterien, sowie Taschenmesser zu billigen Preisen. [197
A. Hein, Breitgasse 113

Drucksachen
für Handel und Gewerbe sow. privaten Bedarf liefert in geschmackvoller, preiswerter Ausführung schnellstens in Flach- und Rotationsdruck
Volkswacht
Danzig
Paradiesgasse Nr. 32

Wer zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Leder, Zeltstoffe, Fahrradmäntel, Filz usw. selbst ausbessern will, verwendet vorteilhaft die
Nähahle Stepperin D.R.G.M.
Solide, beste Konstruktion. Näht Steppstich wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2.50 mit Nadelsortierung und Leinenzwirn, verpackt und postfrei. In Lederhandlungen käuflich oder direkt durch
Joh. Zucker
Stuttgart-Botnang.

Moderne illustrierte Zeitschriften:
Simplicissimus
30 Pfennige
Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse 32.

Bekanntmachung für das kaufende Publikum.

Das Reichsamt des Innern hat durch seine Zweigabteilung, die Reichsbekleidungsstelle, eine Verfügung dahingehend erlassen, dass nach dem 1. August 1916 zur Sicherstellung der Vorräte bestimmte Warengattungen nur gegen einen von berufenen Organen ausgestellten Bezugsschein abgegeben werden dürfen.

Damit ab 1. August der voraussichtliche Andrang zu den Ausgabestellen der Bezugsscheine vermieden wird, erlaube mir höfl. das verehrliche Publikum darauf aufmerksam zu machen, dass es mir bis zum 1. August d. J. gestattet ist, sämtliche Waren, welche nach aufgenommener Inventur 20% meiner Warenläger ausmachen, ohne Bezugsschein abzugeben. Ich empfehle daher, den Verkauf in

fertiger Herren-, Knaben- und Berufs-Kleidung

bis dahin vorzunehmen.

Anfertigung nach Mass unter Leitung eines erstklassigen Zuschneiders

*Grosses Stofflager * Flotter Sitz * Mässige Preise*

J. Rosenbaum

Breitgasse 128-129 Danzig Telephon Nr. 2121

Alleiniger Lieferant des Konsum-Vereins. 242

Mass-Anfertigung
feinster [249
Herren-Bekleidung
Beste Verarbeitung **Sehr mässige Preise**
Eugen Hasse
Kohlenmarkt 14/16. Fernsprecher 1854.

Trauer-
Hüte in reicher Auswahl. *Blusen Handschuhe* zu billigsten Preisen.
Julius
Goldstein
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

Der wahre Jakob Farbig-illustrierte Zeitschrift für Humor und Satire
Alle anderen Werke, Bücher und Zeitschriften erhältlich
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Echt garantiert reingekachelten
Schnupftabak
aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakkachelei
Julius Gosda, Danzig [225
Rohtabakhandlung
Häkergasse 5, II. Priestergasse Nähe der Markthalle.
Nur Kachelbetrieb! Nur Kachelbetrieb!

In Freien Stunden 10 Pf.
Verlag Buchhandlung Vorwärts
Wöchentlich ein illustriertes Heft Preis
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

BORG'S Hindenburg-Zigarette
etwas ganz Hervorragendes. 3 Pfg. überall erhältlich. [239